

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2009/2010

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 2 Justizbehörde

(von der Bürgerschaft am 05.03.2009 beschlossener Haushaltsplan 2009/2010)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 34
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 41
Kontenrahmen für Dienstbezüge	42 - 45
Kontenrahmen für Versorgung	46 - 50
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 10
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 2000 - Justizverwaltung -	
Kapitel 2050 - Hamburgischer Datenschutzbeauftragter -	
Kapitel 2060 - Staatsanwaltschaften -	
Kapitel 2110 - Ordentliche Gerichte -	
Kapitel 2190 - Fachgerichte -	
Kapitel 2300 - Justizvollzug -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 78
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	1 - 10
3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 4
4 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 2

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts, des Landgerichts, des Amtsgerichts Hamburg einschließlich der Stadtteilgerichte, des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts, des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Arbeitsgerichts, des Landessozialgerichts, des Sozialgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, der Staatsanwaltschaft Hamburg und der Justizvollzugsanstalten sowie die Aufsicht über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Stiftungsaufsicht
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten, bspw. zu Möglichkeiten einer Selbstverwaltung der Justiz, der gerichtlichen Mediation oder der Beschleunigung von Jugendstrafverfahren
- Umsetzung des Familienrechtsreformgesetzes
- Laufende Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere Konzipierung und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen für die Beschäftigten sowie Anpassung der technischen Unterstützung bei veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen und neuen Entwicklungen im IT-Bereich
- Umstellung des gesamten Einzelplans 2 auf das Neue Haushaltswesen
- Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt
- Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2010
- Neustrukturierung des Hamburgischen Strafvollzugs zum Abbau von Überkapazitäten
- Optimierung des Strafvollzugs im Hinblick auf die Vermeidung von Rückfällen in Straffälligkeit bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung vor Straftäterinnen und Straftätern
- Schaffung einer eigenständigen Sozialtherapeutischen Anstalt
- Gewährleistung differenzierter Belegungsmöglichkeiten in den unterschiedlich ausgerichteten Justizvollzugsanstalten
- Bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene
- Fortführung des Programms zur Sanierung und Modernisierung der Justizvollzugsanstalten
- Laufende Überprüfung aller Sicherheitseinrichtungen in den Justizvollzugsanstalten

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2010	2009	2008	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2010:2009	2009:2008
Einnahmen	163.838	168.755	163.274	-2,91	3,36
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	162.553	167.470	161.917	-2,94	3,43
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	1.285	1.285	1.357	0,00	-5,31
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	0	0	0		
Ausgaben	474.989	472.716	465.715	0,48	1,50
Davon:					
Personalausgaben	320.224	318.971	311.687	0,39	2,34
Sach- und Fachausgaben	146.216	146.091	144.363	0,09	1,20
Investitionen	8.550	7.655	9.665	11,69	-20,80

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2009 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	31,9	67,5
Sach- und Fachausgaben	43,0	30,9
Investitionen	13,6	1,6

**Vorwort
Einzelplan 2**

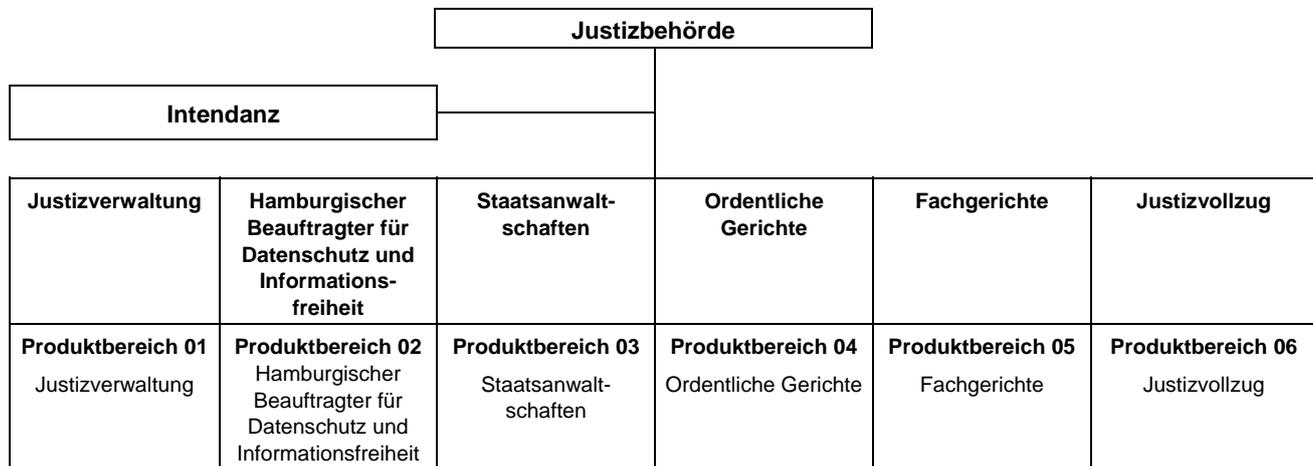
Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2010 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 2
Personalausgaben	32,7	67,4
Sach- und Fachausgaben	43,6	30,8
Investitionen	12,1	1,8

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2008				2007			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2008 übertragene Reste	in % zum Soll	Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2007 übertragene Reste	in % zum Soll
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
24.648	11.137	13.511	54,82	26.008	13.834	12.174	46,81

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Justizbehörde ist wie folgt organisiert:



- Produktgruppe 01
Allgemeine Steuerung und Verwaltungsservice, Justizkassenwesen, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Justizaufsicht und Stiftungsangelegenheiten
- Produktgruppe 02
Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
- Produktgruppe 03
Staatsanwaltschaften Hamburg
- Produktgruppe 04
Hanseatisches Oberlandesgericht
- Produktgruppe 05
Landgericht
- Produktgruppe 06
Amtsgerichte
- Produktgruppe 07
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
- Produktgruppe 08
Verwaltungsgericht
- Produktgruppe 9
Finanzgericht
- Produktgruppe 10
Arbeitsgerichte
- Produktgruppe 11
Sozialgerichte
- Produktgruppe 12
Strafvollzugsamt
- Produktgruppe 13
Justizvollzugsanstalten

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2008, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen und Struktureffekte durch das neue Tarifrecht bzw. die Besoldungsanpassung zum 1.1.2008;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2007 feststehen;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2008 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2007, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2007), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2008 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2008;
- im Finanzplan 2007-2011 in den MAP-Raten 2009 und 2010 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2010 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2010.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einplanübergreifend deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nach besetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Vorwort Einzelplan 2

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Der Stellenplan des Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 LHO „Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand“ ist im Wirtschaftsplan (Anlage 2, rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 (ohne Nachwuchskräfte).

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Nachstehend wird noch auf folgende Besonderheiten hingewiesen:

Kapitel 2000 - Justizverwaltungsamt

Zum Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 werden die Stellen des mit Wirkung zum 01.01.2008 in das Justizverwaltungsamt überführten Justizamtes (ehemals Kapitel 2100) im Kapitel 2000 des Justizverwaltungsamtes nachgewiesen.

Kapitel 2300 - Strafvollzugsamt

Im Kapitel 2300 sind im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung im Besoldungsbereich (1.518 Mio. EUR) noch entsprechende Stellenstreichungen zu vollziehen, deren Konkretisierung zum Zeitpunkt der Drucklegung des Stellenplans noch nicht abgeschlossen war.

Stellenplanentwurf 2009/2010 (einschl. Landesbetrieb „Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand“)
Einzelplan Justizbehörde

Kapitel	Stellen- zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen**)		Umwandlungen**)	
		2009	2010	2009	2010	2009	2010
2000 Justizverwaltungsamt	260,09			1		1	
2050 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	14,70						
2110 Ordentliche Gerichte	2.197,67	4		6		2	
2120 Verwaltungsgerichte	127,00						
2150 Finanzgericht	42,03						
2160 Arbeitsgerichte	104,23						
2170 Sozialgerichte	147,13						
2180 Staatsanwaltschaften	533,04	1,5					
2300 Strafvollzug	1.728,66	0,5		2		7	
2304 Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	3,00						

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010

***) wie vom Senat beantragt

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Entfällt

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht der zu den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 gehörenden Titel findet sich in Anlage 3 (weißer Teil).

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Justizbehörde gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO, der wie folgt veranschlagt ist:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	- in Tsd. EUR -		- in Tsd. EUR -	
	2009	2010	2009	2010
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	660	660	-	-

Wirtschaftsplan, Lagebericht und Erläuterungen finden sich in der Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bürgerschaftliche Ersuchen

Entfällt

9. Zuwendungen

Im Einzelplan 2 sind lediglich Zuwendungen in Höhe von 69.000 EUR beim Titel 2000.684.69 „Zuwendungen an Dritte für Soziale Zwecke“ veranschlagt. Gefördert werden der Kindergarten am Sievekingplatz e.V. und die Gesellschaft für die Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten. Siehe Erläuterungen zum Einzelplan 2, Kapitel 2000 „Justizverwaltung“.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen für den Einzelplan 2 sind in 6 Produktbereiche mit insgesamt 13 Produktgruppen gegliedert. Weitere Informationen über die ausgewählten Aufgabenfelder „Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften“ sowie „Justizvollzug“ sind im Finanzbericht 2008 dargestellt.

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Produktbereiche ergibt folgendes Bild:

Haushaltsplan 2008 (Stand: Haushaltsbeschluss 2007/2008)

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
- in Tsd. EUR -					
Gesamtbetrag Einzelplan 2	163.274	311.687	144.363	9.665	465.715
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	4.180	17.495	8.791	138	26.424
Produktbereich 02	64	925	182	0	1.107
Produktbereich 03	2.132	30.126	6.348	0	36.474
Produktbereich 04	150.116	140.505	96.937	1.129	238.571
Produktbereich 05	3.539	26.075	9.620	0	35.695
Produktbereich 06	3.243	96.561	22.485	8.398	127.444

Haushaltsplan 2009

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
- in Tsd. EUR -					
Gesamtbetrag Einzelplan 2	168.755	318.971	146.090	7.655	472.716
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	8.582	15.827	9.611	1.585	27.023
Produktbereich 02	22	1.061	182	0	1.243
Produktbereich 03	16.782	33.132	6.521	0	39.653
Produktbereich 04	136.232	143.004	98.858	0	241.862
Produktbereich 05	4.159	28.867	9.602	0	38.469
Produktbereich 06	2.978	97.080	21.316	6.070	124.466

Haushaltsplan 2010

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
- in Tsd. EUR -					
Gesamtbetrag Einzelplan 2	163.838	320.224	146.215	8.550	474.989
davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	3.665	16.438	9.686	1.584	27.708
Produktbereich 02	22	1.079	182	0	1.261
Produktbereich 03	16.782	33.254	6.521	0	39.775
Produktbereich 04	136.232	143.109	98.908	0	242.017
Produktbereich 05	4.159	29.051	9.602	0	38.653
Produktbereich 06	2.978	97.293	21.316	6.966	125.575

11. Auswahlbereiche NHH / NRW

Im Einzelplan 2 wird die Einführung des Neuen Haushaltswesens Hamburg zukünftig einen Schwerpunkt bilden. Durch den Beschluss zur Einführung der Doppik in der Verwaltung hat der Senat, einem Ersuchen der Bürgerschaft folgend, die Grundlage für ein ressourcenverbrauchsorientiertes Finanz- und Rechnungswesen gelegt. Der Senat hat zwischenzeitlich eine Eröffnungsbilanz sowie einen kaufmännischen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 vorgelegt. Der Jahresabschluss wird im Jahr 2008 wie angekündigt um einen ersten Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 erweitert.

In einem nächsten Schritt beabsichtigt der Senat, die Einführung der Doppik in eine langfristige Strategie zur Modernisierung des Haushaltswesens einzubinden. Erprobt wird, wie ein künftiger ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierter Haushaltsplan seine Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen an den erwarteten und erzielten Ergebnissen und Wirkungen ausrichten kann, d.h. Menge, Wert und Folgen der Leistungen ins Verhältnis zu den eingesetzten Ressourcen gesetzt werden. Eine nach Produktgruppen bzw. Programmen gegliederte Darstellung des Haushaltsplans und der Haushaltsrechnung, ergänzt um leistungsbezogene Messgrößen, macht das Leistungsergebnis hinsichtlich seiner betriebswirtschaftlichen oder auch gesellschaftspolitischen Wirkungen bewertbar. Zudem orientiert sich das doppisch ausgerichtete Neue Haushaltswesen neben der Betrachtung der Geldflüsse in erster Linie an den Auswirkungen auf Vermögensbestand und Zukunftsbelastungen (Ressourcenverbrauch bzw. Ressourcenzuwachs, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit der finanziellen Entwicklung).

Im Jahr 2007 sind mit § 15a LHO die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, ein Neues Haushaltswesen in ausgewählten Bereichen zu erproben. Gemäß § 15a LHO kann der Senat zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Die Auswahlbereiche haben einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen ist. In den Auswahlbereichen wird der Mittelbedarf nach Leistungsart und -umfang festgestellt. Der Zuschuss an die Auswahlbereiche wird netto im Haushaltsplan veranschlagt.

Der Einzelplan 2 ist als Auswahlbereich festgelegt worden. Die doppischen Haushalte für sämtliche Aufgabenbereiche dieses Einzelplans werden der Bürgerschaft im Herbst 2009 vorgelegt. Im Rahmen dieser Aktualisierung wird gemäß § 15a LHO die Ermächtigung für alle doppischen Haushalte beantragt und werden die Zuschusstitel im Wege der Sollübertragung gefüllt. Vorgesehener Bewirtschaftungsbeginn ist der 01.01.2010.

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

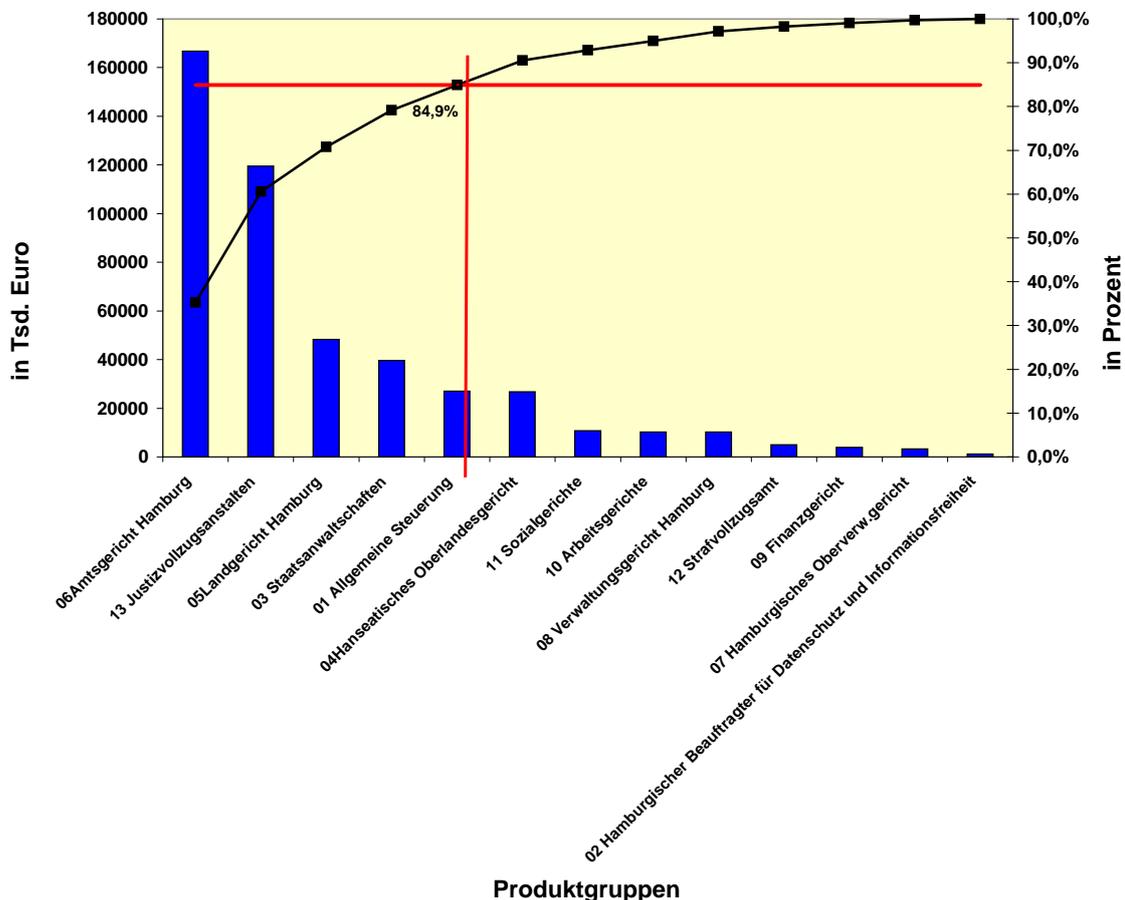
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

**Strukturdatenblatt
Einzelplan 2**

Haushaltsjahr 2009: Einzelplan 2 - Justizbehörde

Tabelle 1								
1	2 Summierungsabgleich in Tsd. EUR	3 PB	4 gelbe Seiten Gesamtausgaben		6 Differenz Sp. 5 - Sp. 4	7 Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			4 PG	5 PB		7 Ansatz	8 Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	9 Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Allgemeine Steuerung	01	27.023					
	gesamt		27.023	27.023	0	27.023	0	0
	02 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	02	1.243					
	gesamt		1.243	1.243	0	1.243	0	0
	03 Staatsanwaltschaften	03	39.653					
	gesamt		39.653	39.653	0	39.653	0	0
	Ordentliche Gerichte							
	04Hanseatisches Oberlandesgericht	04	26.769					
	05Landgericht Hamburg	04	48.320					
	06Amtsgericht Hamburg	04	166.773					
	gesamt		241.862	241.862	0	241.862	0	0
	Fachgerichte							
	07 Hamburgisches Oberverw.gericht	05	3.281					
	08 Verwaltungsgericht Hamburg	05	10.222					
	09 Finanzgericht	05	3.914					
	10 Arbeitsgerichte	05	10.238					
	11 Sozialgerichte	05	10.814					
	gesamt		38.469	38.469	0	38.469	0	0
	Justizvollzug							
	12 Strafvollzugsamt	06	4.962					
	13 Justizvollzugsanstalten	06	119.504					
	gesamt		124.466	124.466	0	124.466	0	0
	Summe		472.716	472.716	0	472.716	0	0

Tabelle 2							
1 Rang	2 PG	3 PB	4 Ressourcen		6 Ressourcen kumuliert in %	7 Anzahl Produkte	8 Anzahl Kennzahlen
			4 in Tsd. EUR	5 in %			
1	06Amtsgericht Hamburg	04	166773	35,3%	35,3%	EPB	EPB
2	13 Justizvollzugsanstalten	06	119504	25,3%	60,6%	EPB	EPB
3	05Landgericht Hamburg	04	48320	10,2%	70,8%	EPB	EPB
4	03 Staatsanwaltschaften	03	39653	8,4%	79,2%	EPB	EPB
5	01 Allgemeine Steuerung	01	27023	5,7%	84,9%	12	42
6	04Hanseatisches Oberlandesgericht	04	26769	5,7%	90,5%	EPB	EPB
7	11 Sozialgerichte	05	10814	2,3%	92,8%	4	22
8	10 Arbeitsgerichte	05	10238	2,2%	95,0%	4	28
9	08 Verwaltungsgericht Hamburg	05	10222	2,2%	97,2%	4	20
10	12 Strafvollzugsamt	06	4962	1,0%	98,2%	EPB	EPB
11	09 Finanzgericht	05	3914	0,8%	99,0%	5	14
12	07 Hamburgisches Oberverw.gericht	05	3281	0,7%	99,7%	4	24
13	02 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	02	1243	0,3%	100,0%	3	18
Summe			472.716	100,0%		36	168

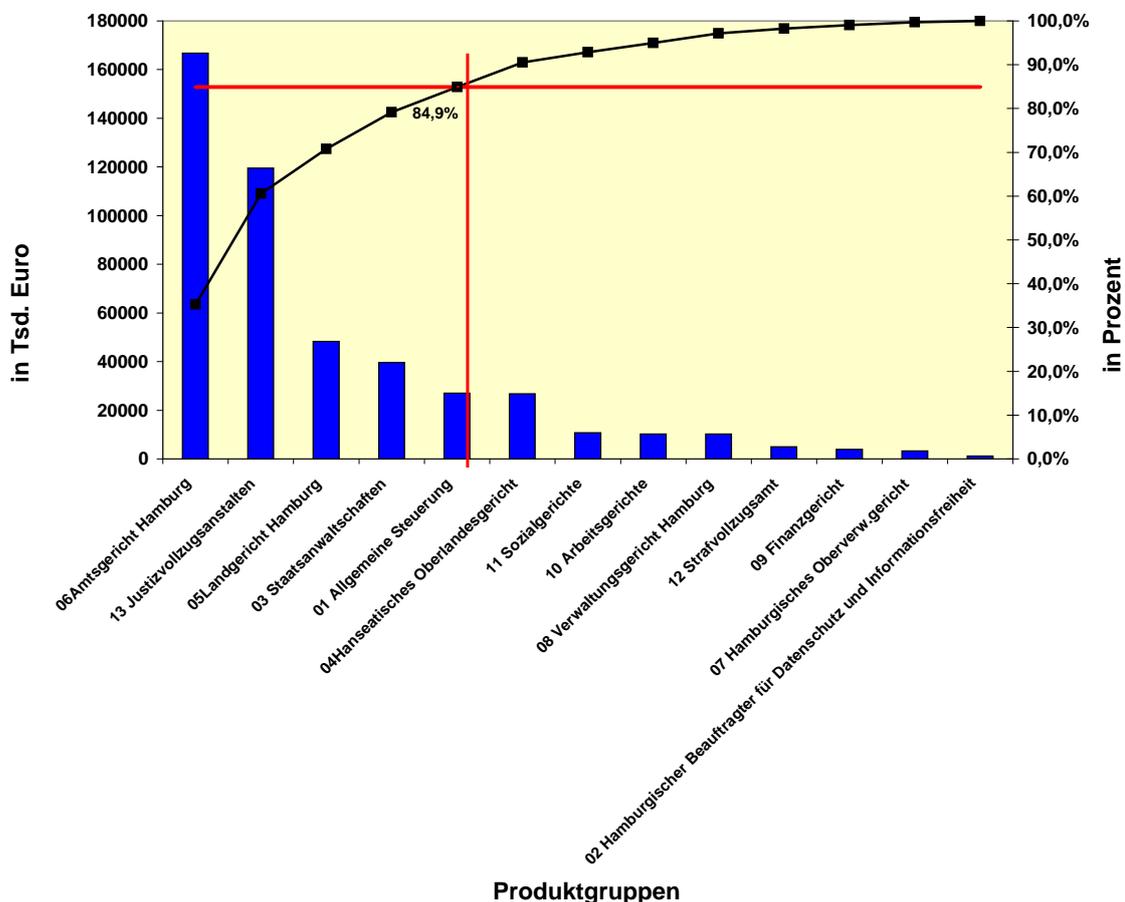


Strukturdatenblatt
Einzelplan 2

Haushaltsjahr 2010: Einzelplan 2 - Justizbehörde

Tabelle 1								
1	2 Summierungsabgleich in Tsd. EUR	3 PB	4 gelbe Seiten Gesamtausgaben		6 Differenz Sp. 5 - Sp. 4	7 Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			PG	PB		Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
	01 Allgemeine Steuerung	01	27.708					
	gesamt		27.708	27.708	0	27.708	0	0
	02 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	02	1.261					
	gesamt		1.261	1.261	0	1.261	0	0
	03 Staatsanwaltschaften	03	39.775					
	gesamt		39.775	39.775	0	39.775	0	0
	Ordentliche Gerichte							
	04Hanseatisches Oberlandesgericht	04	26.786					
	05Landgericht Hamburg	04	48.344					
	06Amtsgericht Hamburg	04	166.887					
	gesamt		242.017	242.017	0	242.017	0	0
	Fachgerichte							
	07 Hamburgisches Oberverw.gericht	05	3.299					
	08 Verwaltungsgericht Hamburg	05	10.275					
	09 Finanzgericht	05	3.936					
	10 Arbeitsgerichte	05	10.283					
	11 Sozialgerichte	05	10.860					
	gesamt		38.653	38.653	0	38.653	0	0
	Justizvollzug							
	12 Strafvollzugsamt	06	4.972					
	13 Justizvollzugsanstalten	06	120.603					
	gesamt		125.575	125.575	0	125.575	0	0
	Summe		474.989	474.989	0	474.989	0	0

Tabelle 2							
1 Rang	2 PG	3 PB	4 Ressourcen		6 Ressourcen kumuliert in %	7 Anzahl Produkte	8 Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	06Amtsgericht Hamburg	04	166.887	35,1%	35,1%	EPB	EPB
2	13 Justizvollzugsanstalten	06	120.603	25,4%	60,5%	EPB	EPB
3	05Landgericht Hamburg	04	48.344	10,2%	70,7%	EPB	EPB
4	03 Staatsanwaltschaften	03	39.775	8,4%	79,1%	EPB	EPB
5	01 Allgemeine Steuerung	01	27.708	5,8%	84,9%	12	42
6	04Hanseatisches Oberlandesgericht	04	26.786	5,6%	90,6%	EPB	EPB
7	11 Sozialgerichte	05	10.860	2,3%	92,8%	4	22
8	10 Arbeitsgerichte	05	10.283	2,2%	95,0%	4	28
9	08 Verwaltungsgericht Hamburg	05	10.275	2,2%	97,2%	4	20
10	12 Strafvollzugsamt	06	4.972	1,0%	98,2%	EPB	EPB
11	09 Finanzgericht	05	3.936	0,8%	99,0%	5	14
12	07 Hamburgisches Oberverw.gericht	05	3.299	0,7%	99,7%	4	24
13	02 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	02	1.261	0,3%	100,0%	3	18
Summe			474.989	100,0%		36	168



Produktinformationen

Produktbereich 01: Justizverwaltung

Kapitel 2000

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	809	775	1.271	4.180	8.582	3.665
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	809	775	1.271	4.180	8.582	3.665
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	27.099	23.440	25.868	26.286	25.438	26.124
• Personalausgaben in Tsd. EUR	17.639	14.040	17.483	17.495	15.827	16.438
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.460	9.400	8.385	8.791	9.611	9.686
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	56	36	69	69	69	69
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹	2.113	870	188	138	1.585	1.584
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	282,61	-	283	283	283

Ziele des Produktbereichs

s. Produktgruppe 01

Produktgruppen - Überblick

PG 1 Allgemeine Steuerung, Verwaltungsservice, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Justizaufsicht und Justizkassenwesen

Produktgruppe 01: Allgemeine Steuerung, Verwaltungsservice, Justizgesetzgebung, Rechtsprüfung, Justizaufsicht und Justizkassenwesen

Kapitel 2000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1: Unterstützung der Behördenleitung bei der politischen und fachlichen Steuerung
 Z 2: Effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, Finanzmanagement
 Z 3: Sicherstellung des erforderlichen Personalnachwuchses mit entsprechender Qualifizierung einschließlich Prüfungswesen
 Z 4: Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung, Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/ Mitarbeiterzufriedenheit
 Z 5: Ausübung der Justizaufsicht und Rechtsprüfung
 Z 6: Vertretung der Hamburger Interessen bei der Justizgesetzgebung
- Mit Wirkung vom 01.01.2008 wurden das Justizverwaltungsamt und das Justizamt unter dem Justizverwaltungsamt organisatorisch zusammengeführt. Die Abbildung in den Produktinformationen erfolgt daher nur noch in einer Produktgruppe.

Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2009 / 2010 schwerpunktmäßig weiter verfolgt werden:

- Umstellung des gesamten Einzelplans 2 auf das Neue Haushaltswesen
- Einrichten der Arbeitsstelle Vielfalt
- Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2010

¹ Die Planzahlen der Investitionen des Justizverwaltungsamts, der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 01
Justizverwaltung

<i>Produkte</i>
P 1 Personalmanagement
P 2 Ressourcensteuerung
P 3 Organisation
P 4 IT-Lösungen
P 5 Recht
P 6 Infrastrukturleistungen
P 7 Leitungsunterstützung
P 8 Justizkassenwesen
P 9 Justizgesetzgebung
P 10 Rechtsprüfung
P 11 Justizaufsicht und Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten
P 12 Stiftungsangelegenheiten
P 13 Gnadenangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	809	775	1.271	4.180	8.582	3.665
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	809	775	1.271	4.180	8.582	3.665
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	27.099	23.440	25.868	26.286	25.438	26.124
• Personalausgaben in Tsd. EUR	17.639	14.040	17.483	17.495	15.827	16.438
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.460	9.400	8.385	8.791	9.611	9.686
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	56	36	69	69	69	69
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²	2.113	870	188	138	1.585	1.584

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.459	1.176	1.641	1.659	1.331	1.383
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.196	966	1.348	1.363	1.094	1.136
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	263	210	293	296	237	247

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Einnahmebereich wird geprägt durch den Verkauf von Grundstücken (Titel 2000.131.91, in 2009: 7.917 Tsd.EUR, 92%, in 2010: 3.000 Tsd.EUR, 82%) sowie vermischte Einnahmen (Titel 2000.119.98 in 2009: 500 Tsd.EUR, 6%, in 2010: 500 Tsd.EUR, 14%)
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 15.827 Tsd.EUR, 59%, in 2010: 16.438 Tsd.EUR, 59%) und den Kosten für die Inanspruchnahme von dataport (Titel 2000.671.56 in 2009/2010: 2.835 Tsd.EUR, 10 %)

² Die Planzahlen der Investitionen des Justizverwaltungsamts, der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Quantitätskennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	282,61	-	283	283	283
Anzahl der Beschäftigten EPL 2	6.978	6.885	6.600	6.600	6.850	6.850
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in %	6,82	6,91	6,90	6,90	6,90	6,90
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100	100
Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigter/Beschäftigtem	0,95	0,97	1,30	1,30	1,30	1,30

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 8: Justizkassenwesen:						
1. Forderungsmanagement						
1.1. Anzahl der von den Gerichten / Staatsanwaltschaften überwiesenen Forderungen						
Eingänge	318.537	297.347	300.000	300.000	300.000	300.000
Erledigungen	331.551	299.439	300.000	300.000	300.000	300.000
1.2. Beträge der Gerichtskostenforderungen in Tsd. EUR						
Rechnungsbetrag in Tsd. EUR	88.285	90.790	125.000	125.000	90.000	90.000
Eingezogener Betrag in Tsd. EUR	83.109	84.481	125.000	125.000	90.000	90.000
1.3. Ausgewählte Einziehungs- und Vollstreckungsmaßnahmen						
Zahlungserleichterungen	6.792	6.652	6.400	6.400	6.600	6.600
Vollstreckungsaufträge	23.121	26.574	29.000	29.000	27.000	27.000
Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen	1.583	1.505	2.100	2.100	1.600	1.600
Inanspruchnahme von Zweitschuldnern	4.492	3.866	4.100	4.100	4.000	4.000
1.4. Überwachung der Zahlungsbestimmungen in Angelegenheiten der Prozesskostenhilfe						
Anzahl der eingezogene Raten	24.828	23.406	27.000	27.000	24.000	24.000
Eingezogene Beträge in Tsd. EUR	1.434	1.405	1.500	1.500	1.500	1.500
1.5. Verarbeitung der Einzahlungen						
Gesamt	573.269	568.299	560.000	560.000	570.000	570.000
davon manuell zugewiesen	113.541	111.606	120.000	120.000	110.000	110.000
Quote manuell zugewiesen in %	19,81	19,64	21	21	19	19
2. Verwahrungen						
Anzahl der Eingänge	3.265	2.883	3.500	3.500	3.000	3.000
Anzahl der Ausgänge	3.428	3.247	3.500	3.500	3.000	3.000
Bestand am Jahresende	2.901	2.537	6.500	6.500	2.500	2.500
3. Hinterlegungen						
Geldhinterlegungen am Jahresende	6.905	7.062	7.100	7.200	7.300	7.400
Geldhinterlegungen am Jahresende in Tsd. EUR	22.369	23.432	30.000	31.000	24.000	25.000
Werthinterlegungen am Jahresende	4.822	4.806	4.400	4.200	4.800	4.800
P 9: Justizgesetzgebung:						
Anzahl der betreuten Verfahren im Bundesrat und in seinem Rechtsausschuss	140	140	140	140	140	140
P 10: Rechtsprüfung:						
Anzahl der Rechtsprüfungen (ohne Anfragen nach Art. 18 HV)	600	710	600	600	700	700
Anzahl der betreuten Verfahren beim Bundesverfassungsgericht	60	57	60	60	60	60

Produktbereich: 01
Justizverwaltung

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 11: Justizaufsicht und Justizverwaltungsangelegenheiten (Entschädigungsanträge nach dem Strafrechtsänderungsgesetz, Anträge auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen), Aufsichten:						
Anzahl von Entschädigungsanträgen nach dem Strafrechtsentschädigungsg	137	134	160	160	150	150
Anzahl von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Ehescheidungen	292	289	280	280	290	290
Anzahl von Anträgen auf Rechtshilfe in Strafsachen	353	273	300	300	300	300
P 12: Stiftungsangelegenheiten:						
Neu errichtete Stiftungen	46	67	40	40	45	45
Beaufsichtigte Stiftungen	1.010	1.077	1.047	1.087	1.162	1.207
Betreute rechtsfähige Vereine	69	69	69	69	69	69
Zahl der Beratungen	4.700	4.800	4.700	4.800	5.000	5.100
P 13: Gnadenangelegenheiten:						
Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	-	-	700	700	500	500

Produktbereich 02: Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel 2050

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	16	22	64	64	22	22
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	16	22	64	64	22	22
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.202	1.121	1.082	1.107	1.243	1.261
• Personalausgaben in Tsd. EUR	945	939	900	925	1.061	1.079
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	257	182	182	182	182	182
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	17	3	0	0	0	0
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	14,50	-	14,50	14,50	14,50

<i>Ziele des Produktbereichs</i> siehe Produktgruppe 02
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 2 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Produktgruppe 02: Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel 2050

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährleistung des Grundrechtes der Bürgerinnen und Bürger auf Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)
Z 2: Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes bei öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen im Zuständigkeitsbereich.
Die Entwicklung wird geprägt durch die zunehmenden personenbezogenen Überwachungen und Datensammlungen sowohl im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Bereich. Die Aufsicht über die Wirtschaft führt zu einer steigenden Zahl von Eingaben und einer erhöhten Zahl der Prüfungen. Der Schwerpunkt der Beratung und Kontrollen wird im technischen Bereich liegen, insbesondere bei der Datensicherheit der eingesetzten IuK-Technik. Der Einsatz neuer Medien (z. B. Internet, E-Maildienste) und Überwachungstechniken (z.B. Videoüberwachung) erhöht den Bedarf an Beratungen und Aufsichtstätigkeiten des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.
<i>Produkte</i>
P 1 Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen
P 2 Überwachung der datenverarbeitenden Stellen
P 3 Rechtsetzungsverfahren

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	16	22	64	64	22	22
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	16	22	64	64	22	22
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.202	1.121	1.082	1.107	1.243	1.261
• Personalausgaben in Tsd. EUR	945	939	900	925	1.061	1.079
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	257	182	182	182	182	182
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	17	3	0	0	0	0

Produktbereich: 02
Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	79	80	77	79	89	91
· innerbehördlich in Tsd. EUR	65	66	63	65	73	75
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	14	14	14	14	16	16

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren überwiegend aus Verwaltungsgebühren (Titel 2050.111.01, 21 Tsd.EUR, 95 %).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD, in 2009: 1.061 Tsd.EUR, 85 %, in 2010: 1.079 Tsd.EUR, 86%)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	14,50	-	14,50	14,50	14,50

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Beratung in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen:						
Anzahl der Beratungen	2.555	2.565	3.000	3.000	3.000	3.000
P 2: Überwachung der datenverarbeitenden Stellen:						
Anzahl der Eingaben	687	759	700	700	700	700
Prüfungen	444	444	400	400	400	400
P 3: Rechtsetzungsverfahren:						
Stellungnahmen zu Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Richtlinien	115	82	100	100	100	100

Produktbereich 03: Staatsanwaltschaften Hamburg

Kapitel 2060

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ³	1.905	1.458	2.132	2.132	16.782	16.782
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.905	1.458	2.132	2.132	16.782	16.782
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	37.620	37.914	35.735	36.474	39.653	39.775
• Personalausgaben in Tsd. EUR	31.105	31.907	29.987	30.126	33.132	33.254
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.515	6.007	5.748	6.348	6.521	6.521
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.722	2.050	2.100	2.700	2.550	2.550
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴	241	134	0	0	0	0
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	513,74	-	514	514	514

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Siehe Produktgruppe 03
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Staatsanwaltschaften Hamburg

Produktgruppe 01: Staatsanwaltschaften Hamburg

Kapitel 2060

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs. Der Geschäftsanfall der Staatsanwaltschaften ist abhängig von der Entwicklung der Kriminalität und der Effektivität der polizeilichen Ermittlungstätigkeit.
<i>Produkte</i>	
P 1	Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntsachen
P 2	Ordnungswidrigkeitenverfahren
P 3	Sonstige Verfahren
P 4	Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen)
P 5	Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IT, Registratur)
P 6	Verwaltung, Justizverwaltungssachen, Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Dienstaufsicht, Pressestelle der Staatsanwaltschaften

³ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

⁴ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 03
Staatsanwaltschaften Hamburg

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁵	1.905	1.458	2.132	2.132	16.782	16.782
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.905	1.458	2.132	2.132	16.782	16.782
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	37.620	37.914	35.735	36.474	39.653	39.775
• Personalausgaben in Tsd. EUR	31.105	31.907	29.987	30.151	33.132	33.254
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.515	6.007	5.748	6.348	6.521	6.521
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.722	2.050	2.100	2.700	2.550	2.550
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	241	134	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.579	2.670	2.582	2.591	2.786	2.797
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.114	2.194	2.121	2.128	2.289	2.298
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	465	476	461	463	497	499

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus den Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren (Titel 2060.112.47, 14.000 Tsd.EUR, 83 %) sowie aus Verfahrenskosten (2060.111.51, 1.500 Tsd.EUR, 9%)
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV, in 2009: 33.132 Tsd.EUR, 84%, in 2010: 33.254 Tsd.EUR, 84%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	513,74	-	514	514	514

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Ermittlungsverfahren in Bekannt- und Unbekanntssachen:						
1. Bekanntssachen						
Eingänge	160.449	161.626	160.000	160.000	160.000	160.000
Erledigungen	162.569	161.673	160.000	160.000	160.000	160.000
2. Unbekanntssachen						
Eingänge	143.124	148.044	150.000	150.000	150.000	150.000
P 2: Ordnungswidrigkeitenverfahren:						
Eingänge	9.524	9.114	11.000	11.000	10.000	10.000
P 3: Sonstige Verfahren:						
Eingänge ⁶	1.062	1.604	1.300	1.300	1.600	1.600
P 4: Strafvollstreckung (mit Ausnahme der Jugendsachen):						
Zahl der Personen, gegen die Strafvollstreckung eingeleitet wurde	22.892	22.981	25.000	25.000	23.000	23.000

⁵ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

⁶ Ab 2007 einschließlich Täter-Opfer-Ausgleich

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Revisionen und Rechtsbeschwerden						
Eingänge	571	483	550	550	550	550
Haftprüfungsverfahren						
Eingänge	32	75	100	100	50	50
Sonstige Verfahren (Auslieferungs- und Durchlieferungssachen, Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland, Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen sowie Staats- und Anwälte etc.)						
Eingänge	2.704	2.793	3.000	3.000	2.800	2.800

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁷	151.467	152.499	145.253	150.116	136.232	136.232
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	151.467	152.499	145.253	150.116	136.232	136.232
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	236.413	235.465	233.231	237.442	241.862	242.017
• Personalausgaben in Tsd. EUR	139.079	140.582	140.064	140.505	143.004	143.109
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	97.334	94.883	93.167	96.937	98.858	98.908
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	76.852	73.548	66.079	69.831	76.601	76.651
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁸	1.024	1.101	1.112	1.129	0	0
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	2.031,24	-	2.032	2.032	2.032

<i>Ziele des Produktbereichs</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3: Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Sicherstellung der Strafverfolgung
Z 4: Gewährleistung der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
Z 5: Gewährleistung von Serviceleistungen und Verbesserung der Abläufe durch organisatorische und IT-Maßnahmen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>
PG 4 Hanseatisches Oberlandesgericht
PG 5 Landgericht
PG 6 Amtsgerichte

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung auf dem Sektor des Zivil- und Familienrechts, des Strafrechts sowie in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3: Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
 Der Geschäftsanfall des Hanseatischen Oberlandesgericht ist abhängig von der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in den Vorinstanzen, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen, einstweiliger Rechtsschutz (Arreste pp.) sowie Rechtsmittelverfahren wegen der Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden
P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen

⁷ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

⁸ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

P 3 Rechtsschutz in Rechtsmittelverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
P 4 Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses
P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (insbes. Verfahren nach § 10 Abs. 2 EheG und § 23 EGGVG)
P 6 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (Bibliothek, Annahmestelle, Registratur, IT und Schreibdienste)
P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁹	6.632	6.943	628	628	6.862	6.862
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	6.632	6.943	628	628	6.862	6.862
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	25.332	26.263	26.195	26.274	26.769	26.786
• Personalausgaben in Tsd. EUR	23.567	23.846	23.766	23.846	24.263	24.280
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.765	2.417	2.429	2.428	2.506	2.506
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	575	637	609	608	639	639
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	80	80	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.947	1.988	1.959	1.975	2.041	2.042
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.596	1.633	1.609	1.622	1.677	1.678
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	351	355	350	353	364	364

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2110.111.51, 6.300 Tsd.EUR, 92%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 24.263 Tsd.EUR, 91%, in 2010: 24.280 Tsd.EUR, 91%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	145,83	-	146	146	146
Anzahl der beschäftigten Referendarinnen/Referendare ¹¹	-	688	700	700	700	700

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsschutz in Zivil- und Familiensachen, einstweiliger Rechtsschutz (Arreste pp.) sowie Rechtsmittelverfahren wegen der Vollstreckbarkeitsklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden:						
1. Rechtsschutz in Zivilsachen						
Berufungen						
Eingänge	2.292	2.220	2.100	2.100	2.200	2.200
Erledigungen	1.988	2.029	2.100	2.100	2.200	2.200
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	7,80	8,80	9,80	9,70	9	9

⁹ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

¹⁰ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung

¹¹ Stichtag für die Erhebung der tatsächlich beschäftigten Referendare ist jeweils der 31.12. des Jahres.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Beschwerden						
Eingänge Beschwerden	1.703	1.642	1.500	1.500	1.600	1.600
2. Rechtsschutz in Familiensachen ¹²						
Berufungen und Beschwerden (UF-Sachen) ¹³						
Eingänge	504	533	500	500	500	500
Erledigungen	505	509	500	500	500	500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	8,90	8,40	8,80	8,70	8,50	8,50
Sonstige Beschwerden in Familiensachen (WF-Sachen) ¹⁴						
Eingänge ¹⁵	701	594	650	650	650	650
P 2: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren (einschl. Strafvollstreckungs- und Strafvollzugsachen sowie Auslieferungssachen) sowie Steuerbevollmächtigten- und Steuerberatersachen:						
1. Erstinstanzliche Sachen						
Eingänge	0	1	2	2	0	0
Erledigungen	0	0	2	2	0	0
2. Revisionen						
Eingänge	257	232	200	200	250	250
Erledigungen	260	216	200	200	250	250
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	1,70	1,80	1	1	1,70	1,70
3. Bußgeldverfahren (Beschwerden)						
Eingänge	192	158	100	100	150	150
Erledigungen	182	176	100	100	150	150
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	1,10	1	1	1	1	1
4. sonstige Beschwerden						
Eingänge	1.003	859	1.000	1.000	1.000	1.000
P 4: Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses:						
Anzahl erfolgreicher Abschlüsse (Große Jur. Staatsprüfung) im Verhältnis zu den abgelegten Prüfungen insgesamt in %	85	85	90	90	85	85

Produktgruppe 05: Landgericht

Kapitel 2110

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Strafverfahren sowie Teilaspekte der Strafvollstreckung
Der Geschäftsanfall des Landgerichts ist abhängig von der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in den Vorinstanzen, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren (u.a. Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familien- und Baulandsachen sowie weitere Zuständigkeiten)
P 2 Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigtenachen

¹² Die Geschäftsentwicklung in Familiensachen wird sich durch die FGG-Reform verändern.

¹³ UF-Sachen = Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen

¹⁴ WF-Sachen = Sonstige Beschwerden in Familiensachen

¹⁵ Seit 2006 werden nur noch die Eingangszahlen "sonstige Beschwerden" erhoben.

- P 3 Rechtsschutz in Verfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-,
Betreuungs-, Pflugschafts- u. Beistandschaftssachen, Personenstatussachen, Nachlasssachen,
Wohnungseigentums-, Register- und Notarsachen)
- P 4 Strafvollstreckungsverfahren und Strafvollzugsstreitigkeiten
- P 5 Justizverwaltungsangelegenheiten (Notaraufsicht, Vereidigungen, Akteneinsicht für Dritte, Rechtshilfeverkehr mit
dem Ausland, Apostillen und Legalisationen)
- P 6 Serviceleistung für interne und externe Bedarfsträger (IT, Vorschalt- und Verteilerstelle, Generalregister, Archiv,
Hausrecht)
- P 7 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹⁶	19.632	20.354	251	251	20.699	20.699
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	19.632	20.354	251	251	20.699	20.699
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.671	47.480	46.987	47.081	48.320	48.344
• Personalausgaben in Tsd. EUR	31.927	32.299	32.196	32.304	32.867	32.891
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	13.744	15.181	14.791	14.777	15.453	15.453
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	9.834	9.949	9.510	9.496	9.968	9.968
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁷	50	0	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.637	2.692	2.654	2.676	2.764	2.766
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.162	2.212	2.180	2.198	2.271	2.273
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	475	480	474	478	493	493

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2110.111.51, 19.950 Tsd.EUR, 96%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 32.867 Tsd.EUR, 68 %, in 2010: 32.891 Tsd.EUR, 68%) und den Auslagen in Rechtssachen (2110.526.01, 9.760 Tsd.EUR, 20%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	492,17	-	492	492	492

¹⁶ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

¹⁷ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen erst- und zweitinstanzlicher Verfahren (u.a. Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren, Familien- und Baulandsachen sowie weitere Zuständigkeiten):						
1. Erstinstanzliche Sachen						
Eingänge	17.351	17.391	19.000	19.500	18.000	18.000
Erledigungen	17.745	17.449	18.000	18.500	18.000	18.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten ¹⁸	7,10	6,80	7	7	7	7
2. Berufungen						
Eingänge	1.969	1.820	2.100	2.100	2.000	2.000
Erledigungen	2.007	1.952	2.100	2.100	2.100	2.100
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	5,80	5,70	5,50	5,50	5,50	5,50
3. Beschwerden						
Eingänge	3.092	2.989	3.000	3.000	3.000	3.000
P 2: Rechtsschutz in Straf- und Bußgeldverfahren einschließlich Bewährungsaufsicht, Sicherungs-, Nach- und Objektive Verfahren, Steuerberatungs- und Steuerbevollmächtigensachen:						
1. Erstinstanzliche Sachen						
Eingänge	391	303	450	450	400	400
Erledigungen	423	332	450	450	400	400
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	7,50	7	6	6	7	7
2. Berufungen						
Eingänge	2.042	1.702	2.100	2.100	2.000	2.000
Erledigungen	2.070	1.786	2.200	2.200	2.000	2.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,60	3,80	5	5	4	4
3. Beschwerden						
Eingänge	2.059	1.713	2.200	2.200	2.000	2.000

Produktgruppe 06: Amtsgerichte

Kapitel 2110

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtssprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Z 3: Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs
Z 4: Wahrnehmung der Strafverfolgung
Der Geschäftsanfall der Amtsgerichte ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den sozialpolitischen Verhältnissen und der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Zivilsachen, Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitsklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden
P 2 Rechtsschutz in Familiensachen
P 3 Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektiven Verfahren
P 4 Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pflugschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstatusverfahren und Nachlasssachen)
P 5 Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit)

¹⁸ Ohne Kammern für Handelssachen.

- P 6 Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher)
- P 7 Justizverwaltungsangelegenheiten (Hinterlegungssachen, Zulassung und Aufsicht über Rechtsbeistände, Feststellungserklärungen, Akteneinsicht für Dritte, Erteilung weiterer Ausfertigungen von notariellen Urkunden, Apostillen und Legalisationen)
- P 8 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IT, Ausbildung des einfachen, mittleren und gehobenen Justizdienstes, Telefonzentrale für die Behörden Neustadt, Gemeinsame Annahmestelle, Bibliotheken)
- P 9 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹⁹	125.203	125.202	144.374	149.237	108.671	108.671
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	125.203	125.202	144.374	149.237	108.671	108.671
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	165.410	161.722	160.049	164.087	166.773	166.887
• Personalausgaben in Tsd. EUR	83.585	84.437	84.102	84.355	85.874	85.938
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	81.825	77.285	75.947	79.732	80.899	80.949
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	66.443	62.962	55.960	55.875	65.994	66.044
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁰	894	1.021	1.112	1.129	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	6.905	7.040	6.935	6.993	7.222	7.227
· innerbehördlich in Tsd. EUR	5.660	5.784	5.697	5.744	5.934	5.938
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.245	1.256	1.238	1.249	1.288	1.289

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2110.111.51, 78.750 Tsd.EUR, 72%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 85.874 Tsd.EUR, 51%, in 2010: 85.937 Tsd.EUR, 51%), den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2110.526.01, 29.164 Tsd.EUR, 17 %) sowie den Kosten in Betreuungssachen (Titel 2110.526.03, 22.000 Tsd.EUR, rd. 13%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	1.393,24	-	1.394	1.394	1.394

¹⁹ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

²⁰ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 04
Ordentliche Gerichte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsschutz in Zivilsachen, Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügungen), Vollstreckbarkeitserklärung von Titeln, die außerhalb des Gerichts geschaffen wurden:						
1. Mahnsachen						
Eingänge	665.657	561.833	760.000	760.000	600.000	600.000
2. Zivilsachen						
Eingänge	44.947	40.908	48.700	48.700	45.000	45.000
Erledigungen	45.961	41.800	48.000	48.000	45.000	45.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,20	4,30	5	5	4,50	4,50
P 2: Rechtsschutz in Familiensachen:						
Eingänge ²¹	13.952	13.442	14.500	14.500	14.000	14.500
Erledigungen	14.229	14.129	14.500	14.500	14.000	14.500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	9,80	8,30	11	11	10	10
P 3: Rechtsschutz in Straf-, Haft- und Bußgeldverfahren, Sicherungsverfahren, Nachverfahren, Objektiven Verfahren:						
1. Strafsachen						
Eingänge	23.956	23.504	25.000	25.000	25.000	25.000
Erledigungen	25.163	24.203	25.000	25.000	25.000	25.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,50	4,30	5	5	4,50	4,50
2. Bußgeldsachen						
Eingänge	9.786	9.166	10.000	10.000	10.000	10.000
Erledigungen	10.415	9.320	10.000	10.000	10.000	10.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2,10	2	2,50	2,50	2	2
P 4: Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Freiheitsentziehungssachen, Vormundschafts-, Betreuungs-, Pflegschafts- und Beistandschaftssachen, Personenstatusverfahren und Nachlasssachen):						
1. Vormundschaft						
am Jahresende anhängige Betreuungen	23.737	22.733	26.500	27.000	24.000	24.000
am Jahresende anhängige Vormundschaften	1.696	1.171	2.100	2.100	1.200	1.200
am Jahresende anhängige Pflegschaften und Beistandschaften	1.551	1.386	1.500	1.500	1.300	1.300
Unterbringungsverfahren ²²	2.477	4.503	3.700	3.700	4.500	4.500
2. Nachlass						
Nachlass- und Teilungssachen	12.147	12.759	12.000	12.000	12.500	12.500
P 5: Angelegenheiten der öffentlichen Register und des Grundbuchs, Wohnungseigentumssachen (ebenfalls Freiwillige Gerichtsbarkeit):						
1. Grundbuch						
Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	22.727	23.433	20.000	20.000	23.000	23.000
Eintragungen und Löschungen Abt. II und III	55.257	55.213	53.000	53.000	55.000	55.000
Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	1.234	1.360	3.000	3.000	1.400	1.400
2. Registersachen						
am Jahresende eingetragene Firmen	63.921	62.396	50.000	50.000	63.500	64.000
am Jahresende eingetragene Vereine	10.257	8.992	10.000	10.000	9.000	9.000
am Jahresende eingetragene Schiffe u. Schiffsbauwerke	6.723	6.944	6.500	6.500	7.000	7.000

²¹ Die Geschäftsentwicklung in Familiensachen wird sich durch die FGG-Reform verändern.

²² Geänderte Zählweise

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 6: Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche (Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren einschließlich Verteilungs- und seerechtliches Verteilungsverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen der Gerichtsvollzieher:						
Anträge auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2.124	1.838	2.300	2.300	1.900	1.900
Anträge auf Eröffnung des Verbraucher-/ Kleininsolvenzverfahrens	2.943	3.133	2.300	2.300	3.300	3.300
Anträge auf Zwangsversteigerungs- und -verwaltungssachen	1.279	965	1.700	1.700	1.000	1.000
Sonst. Vollstreckungssachen	74.843	68.244	74.000	74.000	70.000	70.000
Gerichtsvollzieheraufträge	174.687	153.003	205.000	205.000	155.000	155.000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.343	4.172	3.539	3.539	4.159	4.159
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.343	4.172	3.539	3.539	4.159	4.159
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	36.388	36.727	35.844	35.695	38.469	38.653
• Personalausgaben in Tsd. EUR	27.312	27.976	26.224	26.075	28.867	29.051
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.076	8.751	9.620	9.620	9.602	9.602
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	4.961	4.770	5.216	5.216	5.005	5.005
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²³	57	65	0	0	0	0
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	386,89	-	387	387	387

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2:	Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 7	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
PG 8	Verwaltungsgericht
PG 9	Finanzgericht
PG 10	Arbeitsgerichte
PG 11	Sozialgerichte

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz
Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen
Das Hamburgische Oberverwaltungsgericht (HOVG) ist die Rechtsmittelinstanz für die verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie in Heilberufs- und Disziplinarangelegenheiten.
Ferner ist es erstinstanzliches Gericht für Verfahren nach § 48 VwGO (z.B. Großverfahren, Vereinsverbote) sowie für Normenkontrollverfahren.
Der Geschäftsanfall ist abhängig von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden, der Anzahl der eingelegten Rechtsmittel in der Vorinstanz sowie in Asylsachen auch von den politischen Entwicklungen.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen
P 2 Rechtsschutz in Asylsachen
P 3 Serviceleistungen (Bibliothek, Asyldokumentation, Beratungen, Juristische Datenbank VERIS, Tätigkeiten in anderen Gerichten, z.B. Senat für Baulandsachen beim Hans. Oberlandesgericht)
P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

²³ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 abgebildet. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	212	206	188	188	200	200
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	212	206	188	188	200	200
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.163	3.120	2.953	2.939	3.281	3.299
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.657	2.723	2.551	2.537	2.810	2.828
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	506	397	402	402	471	471
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	0	31	31	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁴	28	30	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	221	229	214	215	236	237
· innerbehördlich in Tsd. EUR	181	188	176	177	194	195
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	40	41	38	38	42	42

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten (Titel 111.51, 200 Tsd.EUR, 100%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 2.810 Tsd.EUR, 86%, in 2010: 2.828 Tsd.EUR, 86%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	31,90	-	32	32	32

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen:						
1. Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren						
Eingänge	11	7	10	10	10	10
Erledigungen	7	11	10	10	10	10
2. Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren						
Allgemeine Verfahren						
Eingänge	321	379	400	400	400	400
Erledigungen	376	383	400	400	400	400
3. Beschwerden und Anträge auf Zulassung der Beschwerden in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes sowie sonstige Verfahren						
Allgemeine Verfahren						
Eingänge	578	501	450	450	550	550
Erledigungen	567	569	450	450	550	550
4. Numerus-clausus-Verfahren						
Eingänge	71	224	200	200	200	200
Erledigungen	176	100	200	200	200	200

²⁴ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 05
Fachgerichte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen:						
Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung in Hauptsacheverfahren						
Eingänge	92	66	150	150	100	100
Erledigungen	110	76	150	150	100	100

Produktgruppe 08: Verwaltungsgericht

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen für die Verwaltung Das Verwaltungsgericht gewährleistet Rechtsschutz in sog. allgemeinen Sachen und in Asylsachen. Der Geschäftsanfall ist abhängig von der Intensität des Verwaltungshandelns der Behörden sowie in Asylsachen auch von den politischen Entwicklungen.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe) P 2 Rechtsschutz in Asylsachen P 3 Serviceleistungen (Beratungen, Auskünfte, Juristische Datenbank VERIS, Asyldokumentation, Rechtsprechungskartei, Tätigkeit in anderen Gerichten z. B. in der Baulandkammer des Landgerichts Hamburg) P 4 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	941	908	775	775	902	902
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	941	908	775	775	902	902
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.944	9.791	9.494	9.450	10.222	10.275
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.131	8.322	7.797	7.753	8.588	8.641
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.813	1.469	1.697	1.697	1.634	1.634
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	351	337	360	360	355	355
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁵	24	25	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	676	697	655	656	722	727
· innerbehördlich in Tsd. EUR	554	573	538	539	593	597
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	122	124	117	117	129	130

²⁵ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 880 Tsd.EUR, 98%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 8.587 Tsd.EUR, 84%, in 2010: 8.642 Tsd.EUR, 84%) sowie Mieten und Pachten (Titel 2190.518.69, 884 Tsd.EUR, 9%)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	85,65	-	86	86	86

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsschutz in allgemeinen Sachen (einschl. Baulandsachen und Prozesskostenhilfe):						
1. Klagverfahren						
Eingänge	3.293	2.897	3.500	3.500	3.200	3.200
Erledigungen	3.872	2.814	3.500	3.500	3.200	3.200
2. Eilverfahren						
Eingänge	1.588	983	1.300	1.300	1.100	1.100
Erledigungen	1.507	1.068	1.300	1.300	1.100	1.100
3. Numerus-clausus-Verfahren						
Eingänge	2.223	2.040	-	-	2.100	2.100
Erledigungen	2.209	2.053	-	-	2.100	2.100
P 2: Rechtsschutz in Asylsachen:						
1. Klagverfahren						
Eingänge	710	395	1.200	1.200	800	800
Erledigungen	840	685	1.200	1.200	800	800
2. Eilverfahren						
Eingänge	312	317	280	280	240	240
Erledigungen	312	167	280	280	240	240

Produktgruppe 09: Finanzgericht

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen Das Finanzgericht Hamburg ist für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten über Steuer-, Zoll- und Marktordnungsrecht sowie Kindergeldangelegenheiten zuständig. Der Geschäftsanfall wird durch die Änderungen in den jeweiligen Rechtsgebieten und die Ausführung der gesetzlichen Regelungen durch die Finanzämter, Hauptzollämter und Familienkassen beeinflusst.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsschutz in Steuersachen sämtlicher Hamburger Finanzämter P 2 Rechtsschutz in Zoll- und Verbrauchssteuerrechtssachen sowie in Sachen des Marktordnungsrechts für den Bereich der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein P 3 Rechtsschutz auf dem Gebiet der Verfahren nach dem Steuerberatungsgesetz P 4 Rechtsschutz in Kindergeldsachen P 5 Serviceleistungen (Bibliothek) P 6 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personal, Sachmittel, Organisation)

Produktbereich: 05
Fachgerichte

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.014	944	695	695	969	969
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.014	944	695	695	969	969
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.794	3.742	3.626	3.608	3.914	3.936
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.166	3.245	3.041	3.023	3.349	3.371
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	628	497	585	585	565	565
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	50	48	33	33	50	50
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁶	5	0	0	0	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	263	273	256	256	281	284
· innerbehördlich in Tsd. EUR	216	224	210	210	231	233
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	47	49	46	46	50	51

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 840 Tsd.EUR, 87%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 3.349 Tsd.EUR, 86%, in 2010: 3.371 Tsd.EUR, 86%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	41,38	-	41	41	41
1. Klagverfahren						
Eingänge	1.405	1.559	1.800	1.800	1.650	1.750
Erledigungen	1.720	1.543	1.800	1.800	1.650	1.750
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	15,10	11	16	15	11	11
2. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz						
Eingänge	348	250	300	300	300	300
Erledigungen	330	250	300	300	300	300
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3	3,80	4	3	4	4
3. Sonstige Verfahren						
Kostensachen	52	51	30	30	50	50
Sonstige selbständige Verfahren	-	31	40	40	30	30

Produktgruppe 10: Arbeitsgerichte

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<i>Produkte</i>
P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen

²⁶ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung
P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IT; Bibliothek und Dokumentationsstelle)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²⁷	982	952	781	781	929	929
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	982	952	781	781	929	929
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.673	9.754	9.127	9.091	10.238	10.283
• Personalausgaben in Tsd. EUR	6.604	6.766	6.346	6.310	6.980	7.025
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.069	2.988	2.781	2.781	3.258	3.258
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.032	1.954	1.681	1.681	2.050	2.050
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁸	0	10	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	549	567	533	534	587	590
· innerbehördlich in Tsd. EUR	450	466	438	439	482	485
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	99	101	95	95	105	105

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 920 Tsd.EUR, 99%).

Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 6.980 Tsd.EUR, 68%, in 2010: 7.025 Tsd.EUR, 68%) und den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2190.526.01, 2.050 Tsd.EUR, 20%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	98,98	-	99	99	99

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen:						
Klageingänge	12.280	12.203	14.000	14.000	12.500	12.500
Erledigte Klagen	12.886	12.554	14.000	14.000	12.500	12.500
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4,30	3,70	4,50	4,50	4	4
Anträge im Beschlussverfahren	921	699	600	600	700	700
Ergangene Beschlüsse	869	779	600	600	700	700
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	4	4,60	4,70	4,70	4,50	4,50
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen:						
Berufungseingänge	668	650	780	780	700	700
Erledigte Berufungen	758	677	780	780	700	700
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	6,30	7	6,50	6,50	6	6
Beschwerden in Beschluss-sachen	122	107	60	60	110	110

²⁷ Beginnend mit dem Haushaltsplan 2009 werden die Einnahmen der Verfahrens- und Gerichtskosten sowie der Geldstrafen und Geldbußen verursachungsgerecht zugeordnet.

²⁸ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

Produktbereich: 05
Fachgerichte

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Erledigte Beschwerden in Beschluss-sachen	103	98	55	55	100	100
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	3,10	4,90	3	3	3,50	3,50
Eingänge von sonstigen Beschwerden	196	203	200	200	200	200
Erledigte sonstige Beschwerden	187	187	200	200	200	200

Produktgruppe 11: Sozialgerichte

Kapitel 2190

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Gewährung von individuellem Rechtsschutz</p> <p>Z 2: Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen</p> <p>Die Sozialgerichte entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung (einschließlich private Pflegeversicherung und Kassenarztrecht), der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, des sozialen Entschädigungsrechts sowie in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes.</p> <p>In den Rechtsgebieten, für die die Sozialgerichtsbarkeit zum 1.1.2005 im Zuge der Arbeitsmarktreformen zuständig geworden ist, sind die Eingänge in der ersten Instanz in 2007 gegenüber 2005 um 42 % gestiegen. Diese Steigerung lag leicht unter der Prognose; gleichzeitig fiel der Rückgang in den Bereichen des SGB III und der Rentenversicherung (Zuständigkeitswechsel in den Ghetto-Verfahren zum 30.9.2005) deutlicher aus als erwartet.</p> <p>Für die Folgejahre muss es angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung für 2008 bei der prognostizierten Zahl der Klageeingänge bleiben. Vor allem in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist die Inanspruchnahme des Gerichts ganz erheblich von der Entwicklung der Empfängerzahlen abhängig. Darüber hinaus haben Veränderungen in der Verwaltungspraxis und kurzfristige Gesetzesänderungen unmittelbare Auswirkungen auf die Eingangsentwicklung. Letzteres gilt besonders für das Grundsicherungs-, Krankenversicherungs- und Kassenarztrecht.</p> <p>Das Sozialgericht hat seine Bestände in den Jahren 2006 und 2007 um weitere 2000 Verfahren abgebaut. Ende 2007 waren noch ca. 450 der ursprünglich 2240 Ghetto-Verfahren anhängig.</p> <p>Im Zuge der Arbeitsmarktreformen ist es beim Landessozialgericht zu einer starken Zunahme der Eilverfahren gekommen, und zwar bezogen auf das Jahr 2005 mit einem Anstieg um 43 % im Jahr 2006 und bezogen auf das Jahr 2006 nochmals um 26 % im Jahr 2007.</p> <p>Im Hinblick auf die zeitnah zu erledigenden Eilverfahren konnten bei den Berufungen die Erledigungen mit den Eingängen nicht Schritt halten.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen</p> <p>P 2 Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen</p> <p>P 3 Verwaltung, Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung</p> <p>P 4 Serviceleistungen für interne und externe Bedarfsträger (IT, Bibliothek, Ausbildung von Referendaren und Betreuung von Praktikanten, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben)</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.194	1.162	1.100	1.100	1.159	1.159
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.194	1.162	1.100	1.100	1.159	1.159
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.814	10.320	10.644	10.607	10.814	10.860
• Personalausgaben in Tsd. EUR	6.754	6.920	6.489	6.452	7.140	7.186
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.060	3.400	4.155	4.155	3.674	3.674
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.528	2.431	3.111	3.111	2.550	2.550
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁹	0	0	-	-	-	-

²⁹ Die Planzahlen der Investitionen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden insgesamt im Produktbereich 01 in der Produktgruppe 01 nachgewiesen. Die Aufteilung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	561	581	545	547	600	605
· innerbehördlich in Tsd. EUR	460	477	448	449	493	497
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	101	104	97	98	107	108

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren aus Gerichtskosten (Titel 2190.111.51, 1.160 Tsd.EUR, 100%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 7.140 Tsd.EUR, 66%, in 2010: 7.186 Tsd.EUR, 66%) und den Auslagen in Rechtssachen (Titel 2190.526.01, 2.550 Tsd.EUR, in 2009: 24%, in 2010: 23%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	128,98	-	129	129	129

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen:						
Klageingänge	7.470	7.602	8.503	8.503	7.600	7.600
Erledigte Klagen	8.094	8.969	8.503	8.503	9.000	9.000
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	16,80	16,70	15	15	14	13,50
Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz	1.955	1.808	2.517	2.517	1.800	1.800
Erledigungen	1.964	1.805	2.517	2.517	1.800	1.800
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	-	0,90	0,70	0,70	1	1
P 2: Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen:						
Berufungseingänge	587	617	600	600	620	620
Erledigte Berufungen	591	509	600	600	568	585
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	16	18,60	17,30	17,30	20	20

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ³⁰	4.285	4.638	3.243	3.243	2.978	2.978
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.285	4.638	3.243	3.243	2.978	2.978
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	117.344	120.483	118.995	119.046	118.396	118.609
• Personalausgaben in Tsd. EUR	95.433	97.113	96.510	96.561	97.080	97.293
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.911	23.370	22.485	22.485	21.316	21.316
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.314	4.705	5.741	5.741	4.741	4.741
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.374	9.045	9.881	8.398	6.070	6.966
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	1.601,39	-	1.601	1.601	1.601

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Optimierung des Strafvollzugs im Hinblick auf die Vermeidung von Rückfällen in Straffälligkeit bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung vor Straftäterinnen und Straftätern.
	Folgende fachliche Entwicklungen sollen 2009/2010 schwerpunktmäßig verfolgt werden:
	o Schaffung einer eigenständigen sozialtherapeutischen Anstalt
	o Neustrukturierung des Hamburgischen Strafvollzuges zum Abbau von Überkapazitäten
	o Verbesserung der Entlassungsvor- und - nachbereitung
	o bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene anbieten
	o kontinuierliche Überprüfung der Sicherheitseinrichtungen der Vollzugsanstalten
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 12	Strafvollzugsamt
PG 13	Justizvollzugsanstalten

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Sicherung eines gesetzmäßigen Vollzuges
<i>Produkte</i>	
P 1	Weiterentwicklung der konzeptionellen Grundlagen
P 2	Gesamtbetriebliche Steuerung/Controlling, Serviceleistungen
P 3	Aufsicht – fachliche Kontrolle und Beratung – über die Justizvollzugsanstalten

³⁰ Quantitäts- und Qualitätskennzahlen wurden für die Produktinformationen des Produktbereiches "Justizvollzug" zum Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 nicht erfasst

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.290	1.351	1.401	1.401	1.188	1.188
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.290	1.351	1.401	1.401	1.188	1.188
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.736	4.865	4.818	4.820	4.962	4.972
• Personalausgaben in Tsd. EUR	4.371	4.448	4.424	4.426	4.446	4.456
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	365	417	394	394	516	516
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	0	-	-	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	-	-	0	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	361	371	364	364	374	375
· innerbehördlich in Tsd. EUR	296	305	299	299	307	308
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	65	66	65	65	67	67

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Einnahmen resultieren überwiegend aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Titel 2300.124.91, 530 Tsd.EUR, 45%) sowie Erstattungen von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer (Titel 2300.232.01, 527 Tsd.EUR, 44%).
Die Betriebsausgaben sind im Wesentlichen geprägt durch die Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 4.446 Tsd.EUR, 90%, in 2010: 4.456 Tsd.EUR, 90%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	67,05	-	67	67	67

Produktgruppe 13: Justizvollzugsanstalten

Kapitel 2300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Grundversorgung erhalten
Z 2: Differenzierte Behandlungsangebote zur Verfügung stellen mit den Zielen <ul style="list-style-type: none"> · Verminderung von Straftaten während Vollzugslockerungen · Stabilisierung der Beschäftigungsangebote · Beibehaltung der Qualifikationsangebote · Überprüfung und gegebenenfalls Ausbau des Therapieangebots · Neugestaltung des sozialtherapeutischen Angebots · Ausbau der Maßnahmen zur Entlassungsvorbereitung
Z 3: Sicherheit gewährleisten und verbessern durch <ul style="list-style-type: none"> · Verhinderung von Entweichungen · Eindämmung von Gewalt gegen Personen innerhalb der Vollzugsanstalten · Verhinderung von Suiziden und Selbstverletzungen · Sicherung des Strafverfahrens
<i>Produkte</i>
P 1 Grundversorgung (Unterbringung, Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs)
P 2 Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit)
P 3 Sicherheit

Produktbereich: 06
Justizvollzug

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.995	3.287	1.842	1.842	1.790	1.790
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.995	3.287	1.842	1.842	1.790	1.790
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	112.608	115.618	114.177	114.226	113.434	113.637
• Personalausgaben in Tsd. EUR	91.062	92.665	92.086	92.135	92.634	92.837
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.546	22.953	22.091	22.091	20.800	20.800
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.314	4.705	5.741	5.741	4.741	4.741
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.374	9.045	9.881	8.398	6.070	6.966

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	7.532	7.739	7.590	7.595	7.791	7.808
· innerbehördlich in Tsd. EUR	6.174	6.359	6.235	6.239	6.401	6.415
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	1.358	1.380	1.355	1.356	1.390	1.393

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Der Einnahmebereich ist geprägt durch die Einnahmen der Arbeitsbetriebe (Titel 2300.125.01 bis 2300.125.06, 1.620 Tsd.EUR, 91%).
Der Schwerpunkt der Betriebsausgaben liegt bei den Personalausgaben (KRD/KRV in 2009: 92.634 Tsd.EUR 77%, in 2010: 92.837 Tsd.EUR, 78%).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	1.534,34	-	1.534	1.534	1.534
Anzahl der Hafttage gem. Bundesstatistik	916.447	798.412	1.041.000	1.044.000	750.000	750.000

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Haftkostensatz in EUR/ Tag	105,53	121,07	90	90	128,67	128,92
Haftkostensatz in EUR/ Tag (ohne Versorgungs- und Beihilfezuschlag) in EUR / Tag	92,15	102,15	72	72	108,03	108,27

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Grundversorgung (Unterbringung, Ernährung, Gesundheitsfürsorge, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs):						
Haftplätze insgesamt (Stichtag = 31.12.)						
Davon	3.202	3.200	3.198	3.198	2.986	2.986
Einzelhaftplätze	2.671	2.727	2.707	2.707	2.589	2.589
Gemeinschaftshaftplätze	531	473	491	491	397	397
- Gemeinschaftshaftplätze bis 3 Personen ³¹	-	101	101	101	62	62
- Gemeinschaftshaftplätze über 3 Personen ³²	-	372	390	390	335	335

³¹ Zahl wurde 2006 nicht erfasst.

³² Zahl wurde 2006 nicht erfasst.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Durchschnittliche Jahresbelegung	2.549	2.227	2.900	2.900	2.050	2.050
Durchschnittliche Jahresbelegung im Verhältnis zu Haftplätzen in Prozent	79,61	69,60	90,68	90,68	68,70	68,70
Ernährung						
Teilnehmer an der Vollverpflegung (Essensportionen)	907.668	789.958	1.032.038	1.034.865	742.500	742.500
Richtsatz für Vollverpflegung in EUR / Tag	2,86	2,86	2,86	2,86	3,10	3,10
Kosten der Vollverpflegung pro Teilnehmer in EUR p.a.	1.064	1.105	1.044	1.044	1.132	1.132
Gesundheitsfürsorge						
Medizinkosten pro Insasse/Tag in EUR	2,73	3,82	2,20	2,20	3,61	3,61
Anzahl der Aufnahmeuntersuchungen ³³	-	4.012	6.200	6.200	4.000	4.000
Bewirtschaftungsmaßnahmen (Heizung, Strom und Wasser der Justizvollzugsanstalten)						
Heizung (Gas u.Fernwärme) in in Tsd. EUR	1.384	1.865	1.871	1.871	2.400	2.400
Strom in in Tsd. EUR	1.060	1.293	1.164	1.164	1.500	1.500
Wasser in in Tsd. EUR	866	987	980	980	1.000	1.000
Gesamt (Heizung, Strom, Wasser) in in Tsd. EUR	3.310	4.145	4.015	4.015	4.900	4.900
Kosten pro Insasse/Tag in EUR	2,83	5,19	3,79	3,78	6,53	6,53
pro Haftplatz/Tag in EUR	2,83	3,55	3,44	3,43	4,50	4,50
P 2: Behandlung und Betreuung (einschließlich Soziale Sicherheit):						
Behandlungsgerechte Anstaltsunterbringung						
Belegung aller Justizvollzugsanstalten (einschließlich Urlauber und vorübergehend Abwesende)	2.549	2.227	2.900	2.900	2.050	2.050
Davon						
Offener Vollzug	193	183	178	178	250	250
Geschlossener Vollzug	2.356	2.044	2.722	2.722	1.800	1.800
Beschäftigung						
Durchschnittliche Zahl an Beschäftigten im Vollzug, davon in	1.415	1.331	1.500	1.500	1.500	1.500
Arbeit	1.104	1.031	1.300	1.300	1.300	1.300
Schule	81	115	50	50	50	50
Berufsbildung	191	148	150	150	150	150
Durchschnittliche Zahl der Freigänger mit freiem Beschäftigungsverhältnis	39	37	36	36	36	36
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung in EUR p.a.	5.314	4.705	5.741	5.741	4.741	4.741
Durchschnittliche Kosten für Entgelte und ALV-Beiträge je Gefangenen in Arbeit und Ausbildung in EUR / Tag	15,14	14,14	15,31	15,31	12,64	12,64
Besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen						
Anzahl der substituierten Gefangenen	146	105	130	130	105	105
Kosten für Sachmittel pro Substituierte(n) in EUR/Jahr	42	52	50	50	52	52

³³ Änderung der Zählweise

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2009 / 2010

Einzelplan 02.0

Justizbehörde

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 02.0

10 Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- ohne Strafvollzugsbereich -

11 Sachaufwand im Zusammenhang mit Informations-
technologie

12 Bauunterhaltung

14 Hochbauinvestitionen

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	-	-	-	30 G	30 G	30 G
		- A	- A	- A	4.150	8.552	3.635
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-	63 G	21 G	21 G
		- A	- A	- A	1	1	1
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	1 G	1.501 G	1.501 G
		- A	- A	- A	2.131	15.281	15.281
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	132.285 G	132.687 G	132.687 G
		- A	- A	- A	17.304	3.018	3.018
2190	Fachgerichte	-	-	-	3.300 G	4.000 G	4.000 G
		- A	- A	- A	59	59	59
2300	Justizvollzug	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	2.593	2.320	2.320
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	-	-	-	135.679 G	138.239 G	138.239 G
		- A	- A	- A	26.238	29.231	24.314
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		2.560+G	2.560+G
			- A	- A		2.993+	1.924-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2000
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2050
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2060
			- Z	- Z	- Z				
527	527	527	-	-	-	-	-	-	2110
			- Z	- Z	- Z				
180	100	100	-	-	-	-	-	-	2190
			- Z	- Z	- Z				
650	658	658	-	-	-	-	-	-	2300
			- Z	- Z	- Z				
1.357	1.285	1.285	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	72-	72-		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
2000	Justizverwaltung	4.180	8.582	3.665
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	64	22	22
2060	Staatsanwaltschaften	2.132	16.782	16.782
2110	Ordentliche Gerichte	150.116	136.232	136.232
2190	Fachgerichte	3.539	4.159	4.159
2300	Justizvollzug	3.243	2.978	2.978
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	163.274	168.755	163.838
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		5.481+	564+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	17.495	15.827	16.438	4.783	4.752	4.827
		-	-	-	-	-	-
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	925	1.061	1.079	145	147	147
		-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	30.126	33.132	33.254	6.248	6.421	6.421
		-	-	-	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	140.505	143.004	143.109	95.923	97.858	97.908
		-	-	-	-	-	-
2190	Fachgerichte	26.075	28.867	29.051	9.615	9.597	9.597
		-	-	-	-	-	-
2300	Justizvollzug	96.561	97.080	97.293	16.678	16.545	16.545
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	311.687	318.971	320.224	133.392	135.320	135.445
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		7.284 +	8.537 +		1.928 +	2.053 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
4.008	4.859	4.859	-	-	-	2000
-	-	-	-	-	-	
37	35	35	-	-	-	2050
-	-	-	-	-	-	
100	100	100	-	-	-	2060
-	-	-	-	-	-	
1.014	1.000	1.000	-	-	-	2110
-	-	-	-	-	-	
5	5	5	-	-	-	2190
-	-	-	-	-	-	
5.807	4.771	4.771	-	-	-	2300
-	-	-	-	-	-	
10.971	10.770	10.770	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	201-	201-		-	-	+/-
				- H	- H	
-	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	-	-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
2000	Justizverwaltung	-	-	-	26.286	25.438	26.124
		-	-	-	-	-	-
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-	1.107	1.243	1.261
		-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	36.474	39.653	39.775
		-	-	-	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	237.442	241.862	242.017
		-	-	-	-	-	-
2190	Fachgerichte	-	-	-	35.695	38.469	38.653
		-	-	-	-	-	-
2300	Justizvollzug	-	-	-	119.046	118.396	118.609
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	-	-	-	456.050	465.061	466.439
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		9.011 +	10.389 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
138	1.585	1.584	26.424	27.023	27.708	2000
200	1.584	1.834	200	1.584	1.834	
-	-	-	1.107	1.243	1.261	2050
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	36.474	39.653	39.775	2060
-	-	-	-	-	-	
1.129	-	-	238.571	241.862	242.017	2110
1.552	-	-	1.552	-	-	
-	-	-	35.695	38.469	38.653	2190
-	-	-	-	-	-	
8.398	6.070	6.966	127.444	124.466	125.575	2300
6.709	21.079	7.240	6.709	21.079	7.240	
7.267 B	5.810 B	6.472 B	465.715	472.716	474.989	Ges. Aus.
2.398	1.845	2.078				
	1.457-B	795-B		7.001 +	9.274 +	+/-
	553--	320--				
6.334 B	20.791 B	6.767 B	8.461	22.663	9.074	Ges. VE
2.127	1.872	2.307				
	14.457 +B	433 +B		14.202+	613+	+/-
	255--	180 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2000	Justizverwaltung				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	43 33	30	30	30
119.92	Schadenersatzleistungen	64 36	83	36	36
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	1 1	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	547 601	500	500	500
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
124.91 (052)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	115 103	98	98	98
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.518.69.				
131.91	Verkauf von Grundstücken	0 558	3.468	7.917	3.000
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5 0	1	1	1
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.535.56 02.0.2000.546.69.				
232.02	Beteiligung anderer Bundesländer an den Entwick- lungskosten von IuK-Verfahren der Landesjustiz- verwaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.54	0 0	0	-	-
342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeits- hilfen für Behinderte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.12	34 1	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
	Gesamteinnahmen		4.180	8.582	3.665
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	15.872 11.608	13.533	12.897	13.631
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	26 0	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	73 54	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.688 2.363	1.988	1.895	1.772
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	13 15	20	20	20
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	1 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 2 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM- Bereich des Einzelplans	0 0 3.500 R	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0 0	1.954	1.015	1.015
519.01 (052)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.	16 55 188 R	56	56	56
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	195 191	191	229	229
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	852 340 34 R	323	570	570

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
632.02	Erstattungen an gemeinsame Einrichtungen	24 23	55	55	55
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport Übertragbar	55 687	0	775	775
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	1.292 1.109	1.110	1.125	1.125
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar	2.869 2.702	2.774	2.835	2.835
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Justizverwaltung Übertragbar	0 0	0	-	-
	Titelgruppe(n) -----				
Z69	Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.124.01.	284 231 171 R	421	421	421
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar	37 46	28	28	28
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	426 463 7 R	311	587	587
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2000.124.91.	1.922 2.315 67 R	2.055	1.463	1.463
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar	695 518 214 R	601	601	601
531.69	Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger Übertragbar	496 500 1 R	600	500	500
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen Übertragbar	11 13 22 R	49	49	49

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	174 138 22 R	148	248	323
547.69	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs Übertragbar	33 33 26 R	0	-	-
681.69	Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe (Weggefallener Ansatz)	22 0	0		
684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Summen für Z69	56 36 33 R 4.295 563 R	69	69	69
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	46 56 769 R	138 138 VE	807 767 VE	767 767 VE
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken Übertragbar	9 25 199 R	0 62 VE	27	-
710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	408 46	0		
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	25 3- 49 R	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	21 10 35 R	0	751 817 VE	817 1.067 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.342.01	29 1 4 R	0	-	-
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2000.812.56. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.232.02	110 161 600 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie in der Justizbehörde Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.812.54.	1.465 530 989 R	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizverwaltung Übertragbar	0 0	0	-	-
881.01 (022)	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 44 56 R	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizverwaltung Übertragbar	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		26.424 200 VE	27.023 1.584 VE	27.708 1.834 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit				
(011)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	15 21	63	21	21
119.98	Vermischte Einnahmen	1 1	1	1	1
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69.				
124.01 (019)	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		64	22	22
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.095 1.043	943	1.108	1.108
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	12- 9-	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	138- 95-	18-	47-	29-
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12 0 1 R	1	1	1
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.				
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikations- technik	4 2	4	3	3
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.				
671.53 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport	0 9	0	9	9
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	9 9	9	9	9
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	40 28	28	17	17
	Übertragbar				
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	0 0	0		
	Übertragbar				
	Titelgruppe(n) -----				
Z69	Sach- und Fachausgaben des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten				

511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13 11 18 R	15	15	15
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2050.119.98. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2050.124.01.				
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	59 31 1 R	32	35	35
	Übertragbar				
518.69	Mieten und Pachten	118 67 1 R	70	70	70
	Übertragbar				
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	0 1 13 R	4	4	4
	Übertragbar				
531.69	Veröffentlichungen	5 0 23 R	10	10	10
	Übertragbar				
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	9 12 1 R	9	9	9
	Übertragbar				
	Summen für Z69	123 57 R	140	143	143
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung	17 3	0	-	-
	Übertragbar				
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten	0 0	0	-	-
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	0 0	0		
	Übertragbar				
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahl- bereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter	0 0	0		
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.107	1.243	1.261

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2060	Staatsanwaltschaften				
(052)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	0 0	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte	2 1	1	1	1
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.				
111.51	Verfahrenskosten	0 0	0	1.500	1.500
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.526.01.				
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren	0 0	0	14.000	14.000
119.05	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Gegenstände, Kauttionen und dgl.	78 157	30	30	30
	30.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.546.69.				
119.09	Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl.	1.760 1.246	2.000	1.200	1.200
119.98	Vermischte Einnahmen	63 52	100	50	50
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	2 2	1	1	1
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2060.546.91				
	Gesamteinnahmen		2.132	16.782	16.782
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	28.946 29.498	29.260	30.452	30.511
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	110 156	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.049 2.249	866	2.680	2.743
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	49 91 61 R	63	63	63
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.				
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	1.468 1.448	1.500	1.500	1.500
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.111.51.				
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.254 603	1.100	950	950
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie	197 205	279	216	216
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.91	0 0	0	-	-
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	0 0	100	100	100
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften Übertragbar	0 0	0		
	Titelgruppe(n) -----				
Z69	Staatsanwaltschaften -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.111.49 02.0.2060.124.01.	455 561 68 R	535	535	535
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar	0 1 4 R	4	4	4
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	714 812 58 R	630	900	900
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	2.305 2.248	2.118	2.234	2.234

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	73 39 77 R	19	19	19
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 30.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.119.05. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.01.				
	Summen für Z69	3.661 207 R	3.306	3.692	3.692
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	20 26 21 R	0	-	-
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.				
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR	221 85 30 R	0	-	-
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .				
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften	0 0	0		
	Übertragbar				
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahl- bereich Staatsanwaltschaften	0 0	0		
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		36.474	39.653	39.775

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2110	Ordentliche Gerichte				
(052)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1.141 1.292	850	850	850
111.49	Benutzungsentgelte	55 73	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69.				
111.51	Gerichtskosten	101.220 104.736	104.000	105.000	105.000
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.01.				
111.52	Einnahmen aus Mahnverfahren	19.882 18.627	19.000	19.000	19.000
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.01.				
111.53	Einnahmen aus Betreutenvermögen	45 51	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.03.				
111.54	Gebühreneinnahmen der Vollstreckung	5.075 4.473	3.000	3.000	3.000
	50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.459.68 02.0.2110.526.68.				
111.55	Auslagenersatz der Vollstreckung	4.718 3.991	4.735	4.000	4.000
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.546.68.				
111.56	Einnahmen aus Mahnverfahren des Landes Mecklenburg-Vorpommern	1.834 1.897	700	837	837
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.461.01 02.0.2000.671.55 02.0.2110.511.01 02.0.2110.511.69 02.0.2110.517.69 02.0.2110.632.01.				
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren	16.822 16.711	17.000	3.000	3.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
119.98	Vermischte Einnahmen	138 14	300	14	14
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5 6	4	4	4
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69 02.0.2110.535.56.				
231.01	Erstattung von Verfahrenskosten für Staatsschutzsachen durch die Bundesanwaltschaft	0 77	0	-	-
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung	501 515	527	527	527
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	31 36	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2110.546.91				
	Gesamteinnahmen		150.116	136.232	136.232
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	117.870 117.827	118.830	121.546	121.658
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	995 1.214	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 2	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	18.945 20.489	20.640	20.423	20.416
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter	670 614	665	665	665
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	6.891 3.332	3.600	3.600	3.600
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.52.				
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	300 546 256 R	369	369	369
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.				
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	38.754 39.431	39.000	39.500	39.500
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.51.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
526.02	Kosten für Unterbringungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	0 115	100	150	150
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.53.	19.611 19.810	21.000	22.000	22.000
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	1.882 2.508	3.000	3.500	3.500
526.05	Kosten für forensische Ambulanzen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	0 0	175	250	300
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.132.91.	1.127 1.725 148 R	1.807	1.539	1.539
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.282.91	65 34 5 R	0	-	-
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	146 70	100	100	100
632.01	Anteilige Erstattung aus Einnahmen des gemeinsamen Mahngerichts an Mecklenburg-Vorpommern Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	555 781	0	-	-
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außer- gerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.	1.442 992	1.014	1.000	1.000
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte Übertragbar	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110					
	----- Titelgruppe(n) -----				
Z68	Vollstreckungskosten				
459.68 (940)	Vergütungen für Gerichtsvollzieher gem. § 49 Abs. 1 u. 2 BBesG	511 437	370	370	370
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.				
526.68	Bürokosten der Gerichtsvollzieher (§49 (3) BBesG)	2.816 2.514	2.400	2.400	2.400
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.				
546.68	Auslagenerstattung	4.641 3.896 527 R	4.665	4.000	4.000
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.55.				
547.68	Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG)	113 98	100	100	100
	Übertragbar				
	Summen für Z68	6.945 527 R	7.535	6.870	6.870
Z69	Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte				
427.69	Entgelte für Zustellungsaufträge	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.365 3.319 985 R	3.682	3.500	3.500
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56 02.0.2110.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.49 02.0.2110.124.01.				
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	19 29 49 R	31	31	31
	Übertragbar				
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	2.795 2.991 335 R	3.115	3.400	3.400
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar	12.761 12.638 395 R	12.698	13.338	13.338
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar	51 54 103 R	81	81	81
	Summen für Z69	19.030 1.868 R	19.607	20.350	20.350
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	442 540 1.277 R	629 634 VE		
702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	120 0 251 R	0		
710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	121 93 157 R	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	338 388 580 R	500 918 VE		
812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	3 0 36 R	0		
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar	0 0	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte Übertragbar	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte Übertragbar	0 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		238.571 1.552 VE	241.862	242.017

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2190	Fachgerichte				
(054)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1 3	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte	17 13	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.511.69.				
111.51	Gerichtskosten	4.117 4.006	3.300	4.000	4.000
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.526.01.				
119.98	Vermischte Einnahmen	73 47	52	52	52
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.546.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
124.10	Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen	28 25	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.518.69.				
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	5 6	5	5	5
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	2	2	2
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.535.56 02.0.2190.546.69.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
232.01	Erstattung von Kostenanteilen durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Kosten des gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchssteuern	102 71	180	100	100
	Gesamteinnahmen		3.539	4.159	4.159
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	24.651 24.956	24.399	25.068	25.041
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	39 70	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 7	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.397 2.749	1.466	3.589	3.800
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter	222 212	210	210	210
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	84 73 233 R	73	73	73
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12.				
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	4.957 4.767	5.000	5.000	5.000
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.111.51.				
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie	150 159	365	236	236
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91.				
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Berufsgerichtsverfahren	4 3	5	5	5
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Fachgerichte	0 0	0		
	Übertragbar				
	Titelgruppe(n) -----				
Z69	Fachgerichte -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	630 573 399 R	754	754	754
	Übertragbar				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.111.49.				
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung	0 5 21 R	4	4	4
	Übertragbar				
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	751 836 193 R	802	850	850
	Übertragbar				
518.69	Mieten und Pachten	2.468 2.296 478 R	2.579	2.642	2.642
	Übertragbar				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.10.				
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	32 39 126 R	38	38	38
	Übertragbar				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91.				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.01.				
	Summen für Z69	3.749 1.216 R	4.177	4.288	4.288

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 0 27 R	0	-	-
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IT-Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen über 5.000 EUR Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	57 65 8 R	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Fachgerichte Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahl- bereich Fachgerichte Übertragbar	0 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		35.695	38.469	38.653

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

2300	Justizvollzug				
(056)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	1 1	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte	73 81	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.				
119.01	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden	0 0	0	-	-
119.02	Kostenbeteiligung der Gefangenen	26 34	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.517.69.				
119.92	Schadenersatzleistungen	7 7	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.				
119.98	Vermischte Einnahmen	77 22	49	23	23
	50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.				
121.03	Ablieferungen des Wirtschaftsplans Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand an den Haushalt	0 0	0	-	-
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	719 674	751	530	530
	50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.				
125.01	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel	1.004 856	1.000	900	900
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
125.02	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugs- anstalt Glasmoor Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	307 158	200	150	150
125.03	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	13 29	20	20	20
125.04	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haftanstalt Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	142 192	150	150	150
125.05	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haft- und Vollzugsanstalt Vierlande (Weggefallener Ansatz)	60 0	0		
125.06	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Billwerder Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	349 513	250	400	400
125.08	Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen der Arbeitsbetriebe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.514.08	660 1.054	0	-	-
125.09	Einnahmen aus Verpflegung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.533.69.	180 151	105	114	114
125.10	Verkaufserlöse aus Eigenprodukten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.514.08 02.0.2300.546.01 02.0.2300.546.69	37 108	0	-	-
129.01	Beitragsanteile der Gefangenen zur Arbeitslosen- versicherung Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.636.01.	59 55	67	32	32
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.535.56 02.0.2300.546.69.	0 2	1	1	1

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
133.91	Einnahmen anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.519.01 02.0.2300.546.02	0 0	0	-	-
232.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	433 527	542	527	527
232.02	Erstattung von Haftkosten in Staatsschutzstraf- sachen durch die Bundesanwaltschaft 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	98 115	72	96	96
235.01	Zuweisung der Regionaldirektion Nord für Ausgaben der Gefangenenausbildung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	0 0	0	-	-
281.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch die Gefangenen 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	40 35	36	35	35
281.02	Erstattung von Kosten durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.546.69	11 24	0	-	-
	Gesamteinnahmen		3.243	2.978	2.978
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	77.465 77.309	79.211	80.015	80.035
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	561 673	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	4 3	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	17.517 18.835	17.350	17.065	17.258
514.08	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der	653 1.061	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
	Einnahmen bei 02.0.2300.125.08				
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.908 2.161 179 R	2.169	2.194	2.194
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-12. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.				
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie	243 231 22 R	337	249	249
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
546.01	Abführungen an Vertragspartner der Eigenprodukte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10	11 34 67 R	0	-	-
546.02	Ausgaben anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.	0 0	25		
636.01	Zuweisung an die Bundesagentur für Arbeit -Arbeitslosenversicherung für Gefangene- Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.129.01.	2.082 1.627	2.341	1.141	1.141
681.01	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 .	3.232 3.078	3.400	3.600	3.600
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumentiv) an den Auswahlbereich Justizvollzug Übertragbar	0 0	0		
	Titelgruppe(n) -----				
Z69	Sach- und Fachausgaben des Strafvollzugsamtes -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.281.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.111.49 02.0.2300.119.92 02.0.2300.124.01 02.0.2300.235.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 02.0.2300.281.02	1.412 1.456 396 R	1.333	1.333	1.333
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	341 639	394	394	394

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke	6.014 6.788	6.324	6.380	6.380
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.119.02.				
518.69	Mieten und Pachten	332 348	313	575	575
	Übertragbar				
526.69	Kosten für Gutachten	0 0	20	20	20
	Übertragbar				
533.69	Nahrungsmittel	2.693 2.426	2.900	2.500	2.500
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.09.				
534.69	Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel	2.546 3.019	2.298	2.388	2.388
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 02.0.2300.232.01 02.0.2300.232.02.				
536.69	Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung	267 371 30 R	449	370	370
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.119.98 02.0.2300.124.91.				
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben	175 123 4 R	116	142	142
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 02.0.2300.281.02				
632.69	Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer	2 8	66	30	30
	Übertragbar				
	Summen für Z69	15.178 430 R	14.213	14.132	14.132
710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unter- bringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten	7.177 7.885 4.284 R	5.000 5.500 VE	4.976 20.024 VE	5.705 6.000 VE
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
	02.0.2300.812.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.				
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	1.294 220 1.376 R	0		
735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden Übertragbar	16 25 9 R	0	-	-
791.01	Abriss der Kläranlage bei der JVA Vierlande Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 0	1.500		
811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	0 61 699 R	375 459 VE	415 352 VE	352 419 VE
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2300.710.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	505 630 1.169 R	750 750 VE	679 703 VE	703 821 VE
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	48 2	0	-	-
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	334 222 11 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
821.01	Gründerwerb für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar	0 0	0		
821.02	Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar	0 0 856 R	773		206
821.03	Gründerwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand Übertragbar	0 0	0		
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizvollzug Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahl- bereich Justizvollzug Übertragbar	0 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		127.444 6.709 VE	124.466 21.079 VE	125.575 7.240 VE

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.897	---	6.900
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.108	---	754
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	30.452	---	17.278
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	121.546	---	63.532
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	25.068	---	13.807
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	80.015	---	51.620
	Summe Gesamtansatz 2009	271.086	---	153.891
	Summe Vergleichszahl 2008	266.176	---	151.276
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	262.240	---	149.199
	Summe Rest 2007	---	---	---

02.0 Justizbehörde

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
2000	146	3.215	2.070	290	276
2050	2	86	227	8	31
2060	---	6.695	5.184	603	692
2110	642	32.816	19.060	2.954	2.542
2190	27	5.998	4.143	540	553
2300	225	9.742	15.486	877	2.065
	1.042	58.552	46.170	5.272	6.159
	1.042	57.337	45.368	5.108	6.045
	985	56.138	44.838	5.097	5.982
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.631	---	7.478
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.108	---	754
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	30.511	---	17.329
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	121.658	---	63.643
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	25.041	---	13.802
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	80.035	---	51.631
	Summe Gesamtansatz 2010	271.984	---	154.637
	Summe Vergleichszahl 2009	271.086	---	153.891
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	262.240	---	149.199
	Summe Rest 2007	---	---	---

02.0 Justizbehörde

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäftigungsentgelte Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
2000	146	3.177	2.244	286	300
2050	2	86	227	8	31
2060	---	6.687	5.199	602	694
2110	642	32.783	19.093	2.951	2.546
2190	27	5.979	4.141	539	553
2300	225	9.745	15.490	878	2.066
	1.042	58.457	46.394	5.264	6.190
	1.042	58.552	46.170	5.272	6.159
	985	56.138	44.838	5.097	5.982
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.895	---	1.265
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	47-	---	73-
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.680	---	1.842
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	20.423	---	15.823
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.589	---	2.660
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.065	---	13.943
	Summe Gesamtansatz 2009	45.605	---	35.460
	Summe Vergleichszahl 2008	42.292	---	33.046
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	46.589	---	35.037
	Summe Rest 2007	---	---	---

02.0 Justizbehörde

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
2000	233	397
2050	7	19
2060	1	837
2110	448	4.152
2190	119	810
2300	381-	3.503
	427	9.718
	621	8.625
	648	10.905
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Justizbehörde

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.772	---	1.132
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	29-	---	57-
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.743	---	1.897
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	20.416	---	15.818
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.800	---	2.844
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.258	---	14.113
	Summe Gesamtansatz 2010	45.960	---	35.747
	Summe Vergleichszahl 2009	45.605	---	35.460
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	46.589	---	35.037
	Summe Rest 2007	---	---	---

02.0 Justizbehörde

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
2000	238	402
2050	7	21
2060	1	845
2110	443	4.155
2190	124	832
2300	378-	3.523
	435	9.778
	427	9.718
	648	10.905
	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

2000 Justizverwaltung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind vorgesehen an (Beträge in Tsd. EUR)

Zuwendungsempfänger	Beginn der Förderung	Ansatz 2010	Ansatz 2009	Ansatz 2008	Bewilligung 2007
Kindergarten am Sievekingplatz e.V.	1995	68	68	68	68
Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten	1998	1	1	1	1
Summe		69	69	69	69

Der Kindergarten am Sievekingplatz e.V. hat eine Betriebserlaubnis für 60 Plätze. Davon werden 40 Plätze vom Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung finanziert und 20 Plätze als Betriebskindergarten für die Kinder von Justizangehörigen mit Wohnsitz sowohl innerhalb wie auch außerhalb Hamburgs vorgehalten. Maßgeblich für die Steuerung der jeweils jährlich gewährten Zuwendung aus dem Einzelplan 2 ist der Auslastungsgrad. Dieser lag im Haushaltsjahr 2007 bei 83,9%. Abweichend von § 15 LHO werden die Mietforderungen mit den Zuwendungen verrechnet, der Ansatzbetrag ist der so geminderte Zuwendungshöchstbetrag.

Die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten erhält von Bund und Ländern Zuwendungen für die Herausgabe der Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe. Die Verwendungsnachweisprüfung erfolgt durch die Landesjustizverwaltung Hessen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppe 01

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Einnahmen entstehen in 2009 aus der Rückgabe des Grundstücks der ehemaligen Sozialtherapeutische Anstalt in Altengamme und der Veräußerung der Dienstwohnungen am Klinkerweg in Höhe von voraussichtlich 6,5 Mio. Euro sowie der Werterstattung für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Höhe von 4,417 Euro Mio. (2009 1,417 Mio.; 2010: 3,0 Mio.).

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

461.20 – Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds –

Im Einzelplan 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer und effizienzsteigernder Maßnahmen zu fördern und die Mobilität der hiervon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und zu unterstützen. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds dezentral in den Einzelplänen veranschlagt. Das Gesamtvolumen des Modernisierungsfonds ist gegenüber dem Ansatz 2008 halbiert worden. Die Höhe der Ansätze in den Einzelplänen ist proportional von den jeweiligen Personalausgabenbudgets abgeleitet worden.

Sach- und Fachausgaben

Siehe Vorwort und Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 01, Produktgruppen 01

- 671.53 – Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport–
Erstmals veranschlagt sind die Kosten für die im Zuge von ESARI an Dataport vergebenen Leistungen im Bereich der IT-Administration,
- 685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Justizverwaltung –
Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des gesamten Einzelplans 2 erfolgt. Der gem. § 15a LHO aufzustellende Wirtschaftsplan wird der Bürgerschaft im Herbst 2009 zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt. Im Hinblick auf den beabsichtigten Bewirtschaftungsbeginn zum 01.01.2010 wurden bereits jetzt entsprechende Leertitel in den Kapiteln 2000, 2050, 2060, 2110, 2190 und 2300 eingerichtet.
- 517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –
Mehr aufgrund einer verursachergerechten Zuordnung der Ausgaben innerhalb des Einzelplans 2 unter Berücksichtigung gestiegener Energie- und sonstiger Bewirtschaftungskosten.
- 518.69 – Mieten und Pachten –
Weniger infolge einer verursachergerechten Zuordnung der Ausgaben innerhalb des Einzelplans 2 .
- 531.69 – Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger –
Die mit dem Druck und Vertrieb des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und des Amtlichen Anzeigers beauftragte Druckerei setzt den erzielten Verkaufserlös von den Druckkosten direkt ab und stellt der Justizbehörde den verbleibenden Rechnungsbetrag für die Druckkosten in Rechnung. Aufgrund der Veröffentlichung des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes über das Internet sind die bisher erzielten Verkaufserlöse erheblich zurückgegangen, so dass die Ausgaben gegenüber denen der Vorjahre angestiegen sind.

Investitionen

- 701.01 – Kleine Investitionen –
Im Rahmen der Vorbereitung des neuen Haushaltswesens im Einzelplan 2 werden die bisher in den Kapiteln 2000 und 2110 veranschlagten Mittel für die Bauinvestitionen im Kapitel 2000 zentral veranschlagt..
- 812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 Euro –
Im Rahmen der Vorbereitung des neuen Haushaltswesens im Einzelplan 2 werden die Mittel für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 Euro mit Ausnahme der im Kapitel 2300 veranschlagten Ansätze zentral im Kapitel 2000 veranschlagt.
- 812.56 – Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie in der Justizbehörde –
Es ist ein Leertitel für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technologie im Rahmen der IT-Globalplanung veranschlagt.
- 861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizverwaltung –
- 894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizverwaltung –
Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des gesamten Einzelplans 2 erfolgt. Der gem. § 15a LHO aufzustellende Wirtschaftsplan wird der Bürgerschaft 2009 zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt. Im Hinblick auf den beabsichtigten Bewirtschaftungsbeginn zum 01.01.2010 wurden bereits jetzt entsprechende Leertitel eingerichtet.

2050 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Für die Entwicklung der Aufgaben sind insbesondere die Innovationen der IuK-Technik, die Anzahl der betreuten Stellen sowie die gemeldeten Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen maßgebend. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 04

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 02, Produktgruppe 02

685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 685.01

Investitionen

861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –

894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 894.01

2060 Staatsanwaltschaften

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Ermittlungsverfahren sowie von dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der Staatsanwaltschaften nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 03, Produktgruppe 03

111.51 – Verfahrenskosten –

Die Einnahmen aus Gerichts- und Verfahrenskosten werden künftig verursachergerecht bei den Staatsanwaltschaften und den ordentlichen Gerichten veranschlagt.

112.47 – Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren –

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden künftig verursachergerecht bei den Staatsanwaltschaften und bei den ordentlichen Gerichten veranschlagt.

119.09 – Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB und dgl. –

Kosten, die im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwertung zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögensgegenstände entstehen, werden von den Einnahmen abgesetzt.

Weniger in Anpassung an die Ergebnis 2007.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Staatsanwaltschaften sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (39,1%) und die Gebäudekosten (49,0%).

526.01 – Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007 insbesondere aufgrund einer vermehrten Gutachtenerstellung.

526.02 – Kosten für Unterbringungen –

Soweit die Justizbehörde für Unterbringungen nach § 126a StPO (Titel 2060.526.02 „Kosten für Unterbringungen“) sowie nach § 65 StVollzG (Titel 2300.534.69 „Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel“) Entgelte an die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, Asklepios Klinik Nord zahlt, ist in den Entgelten ein Zuschlag von 10% des Entgeltsatzes enthalten, der im Einvernehmen mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) u.a. für Investitionen verwendet werden darf.

517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –

Mehr aufgrund einer verursachergerechten Zuordnung der Ausgaben innerhalb des Einzelplans 2 unter Berücksichtigung gestiegener Energie- und sonstiger Bewirtschaftungskosten.

685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 685.01
Investitionen

861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften –

894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 894.01

2110 Ordentliche Gerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl sowie dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 04.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Bereich der ordentlichen Gerichte nicht gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen der Ordentlichen Gerichte sind geprägt durch die Gerichtskosten, Einnahmen aus Mahnverfahren sowie Geldstrafen und Geldbußen (93,2 %).

111.51 – Gerichtskosten –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007.

111.52 – Einnahmen aus Mahnverfahren –

Weniger aufgrund rückläufiger Eingangszahlen.

111.55 – Auslagenersatz der Vollstreckung –

Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007.

112.47 – Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren –

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden künftig verursachergerecht bei den Staatsanwaltschaften bei dem Titel 2060.112.47 und den ordentlichen Gerichten veranschlagt.

119.98 – Vermischte Einnahmen –

Bei diesem Titel werden insbesondere Einnahmen aus hinterlegten Geldern nachgewiesen. Es handelt sich dabei um vorübergehende Einnahmen, die zu gegebener Zeit auf Antrag eines Berechtigten wieder ausgekehrt werden müssen. Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Ordentlichen Gerichte sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (70,9%), die Vollstreckungskosten (6,9%) und die Gebäudekosten (17,1 %).

511.01 – Zustellkosten Mahnverfahren –

Weniger aufgrund rückläufiger Eingangszahlen und geringerer Zustellkosten.

526.01 – Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) –

Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2007

526.02 – Kosten für Unterbringungen –

Die Kosten für Unterbringungen wurden bislang ausschließlich bei den Staatsanwaltschaften in Titel 2060.526.02 veranschlagt. Da bei den Gerichten ebenfalls derartige Kosten anfallen, wird der Titel 2110.526.02 neu eingerichtet.

- 526.03 – Kosten in Betreuungsangelegenheiten –
Mehr aufgrund gestiegener Fallzahlen.
- 526.04 – Kosten für Insolvenzverfahren –
Mehr aufgrund gestiegener Verfahrenszahlen.
- 546.68 – Auslagenerstattung –
Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2007.
- 517.69 – Bewirtschaftung der Grundstücke –
Mehr aufgrund einer verursachergerechten Zuordnung der Ausgaben innerhalb des Einzelplans 2 unter Berücksichtigung gestiegener Energie- und sonstiger Bewirtschaftungskosten.
- 518.69 – Mieten und Pachten –
Mehr aufgrund einer verursachergerechten Zuordnung der Ausgaben innerhalb des Einzelplans 2.
- 685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte –
Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 685.01

Investitionen

Die Investitionen bei den Titeln 2110.701.01 und 2110.812.01 sind aufgrund des Neuen Haushaltswesens im Bereich der Justiz zentral im Kapitel 2000 veranschlagt.

- 861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte –
- 894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte –
Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 894.01

2190 Fachgerichte

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Entwicklung der Aufgaben ist maßgeblich von der Anzahl der Verfahren sowie von dem Umfang und der Struktur der Verfahren abhängig. Im Übrigen siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 05.

2. Zuwendungen

Im Bereich der Fachgerichte werden keine Zuwendungen gewährt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen der Fachgerichte sind geprägt durch die Gerichtskosten (96,2 %). Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben der Fachgerichte sind geprägt durch die Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (53,2 %) und die Gebäudekosten (36,3 %). Die Veranschlagung der Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen basiert auf den Ergebnissen 2007. Die Veranschlagung der Gebäudekosten orientiert sich am voraussichtlichen Bedarf.

685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Fachgerichte –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 685.01

Investitionen

861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Fachgerichte –

894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Ordentliche Gerichte –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 894.01

2300 Justizvollzug

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06.

2. Zuwendungen

Zuwendungen für den Bereich des Strafvollzugs sind im Kapitel 2000 veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 12 und 13

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2

Sach- und Fachausgaben

Siehe Produktinformationen zum Einzelplan 2, Produktbereich 06, Produktgruppen 12 und 13

636.01 – Zuweisung an die Bundesagentur für Arbeit - Arbeitslosenversicherung für Gefangene - –

Weniger aufgrund der Senkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung.

685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 685.01

533.69 – Nahrungsmittel –

Weniger infolge gesunkener Gefangenenzahlen.

534.69 – Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel –

Soweit die Justizbehörde für Unterbringungen nach § 126a StPO (Titel 2060.526.02 „Kosten für Unterbringungen“) sowie nach § 65 StVollzG (Titel 2300.534.69 „Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel“) Entgelte an die Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, Asklepios Klinik Nord zahlt, ist in den Entgelten ein Zuschlag von 10% des Entgeltsatzes enthalten, der im Einvernehmen mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) u.a. für Investitionen verwendet werden darf.

Investitionen

710.01 – Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten –

Für die Haushaltsjahre 2009/2010 sind derzeit folgende Einzelmaßnahmen mit einem Finanzvolumen von über 2,5 Mio. EUR geplant bzw. vorgesehen:

- JVA Fuhlsbüttel – Sanierungsmaßnahmen Haus II A-Flügel,
- JVA Fuhlsbüttel – Grundsanie rung Haus II B-Flügel,

Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt im Abschluss bzw. in der Fortsetzung bereits laufender Maßnahmen. Dazu gehören u. a.

- JVA Fuhlsbüttel – Sicherheitstechnik / bauliche Sicherungsmaßnahmen,
- JVA Fuhlsbüttel – Neubau der Bäckerei,
- Untersuchungshaftanstalt – Grundinstandsetzung A-Flügel,
- Untersuchungshaftanstalt – Aufstockung Dach A-Flügel.

2300

Folgewirkungen der neuen Investitionen:

Es entstehen keine Folgekosten aus den genannten Investitionsmaßnahmen, da es sich dabei ausschließlich um Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Umbaumaßnahmen handelt. Soweit durch einige Maßnahmen Einsparungen erzielt werden können, lässt sich deren Umfang nicht quantifizieren.

811.01 – Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Ersatzbeschaffung von Gefangenentransportwagen und weiteren Fahrzeugen der Vollzugsanstalten vorgesehen.

812.01 – Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 EUR –

Die veranschlagten Mittel und die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Ersatz diverser Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Wirtschafts-, Haus- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten.

821.02 – Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder –

Veranschlagt ist die Werterstattung für Ausgleichsflächen einschließlich der Herrichtungskosten.

861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizvollzug –

894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizvollzug –

Siehe Erläuterungen zu den Kapiteln, Kapitel 2000, Ausgaben, Titel 894.01

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2009/2010

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 2

Justizbehörde

Einzelplan 2	Justizbehörde
---------------------	----------------------

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
13,00		4,50	2,00		3,50	Anzahl der kw-Stellen
					10,39	Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamtinnen/ Beamte
						Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
13,00	0,00	4,50	2,00	0,00	13,89	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2000	JB JVerwAmt	2009/10	156,00		242,00	104,09		260,09
2050	Hmb. DSB	2009/10	11,95			2,75		14,70
2100	Justizamt	2009/10	0,00			0,00		0,00
2110	Ordentliche Gerichte	2009/10	1.489,69	1,00	700,00	704,99		2.195,68
2120	Verwaltungsgerichte	2009/10	93,50			33,50		127,00
2150	Finanzgericht	2009/10	30,50			11,53		42,03
2160	Arbeitsgerichte	2009/10	58,00	0,00		46,23		104,23
2170	Sozialgerichte	2009/10	81,00	1,00		65,13		147,13
2180	Staatsanwaltschaften	2009/10	357,00	0,00		177,04		534,04
2300	Strafvollzugsamt	2009/10	1.481,19			187,80		1.668,99
	gesamt:	2009/10	3.758,83	2,00	942,00	1.333,06	0,00	5.093,89

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2000	JB JVerwAmt	2008	156,50		242,00	105,87		6,00		268,37
2050	Hmb. DSB	2008	12,30			2,75		0,00		15,05
2100	Justizamt	2008	24,77			76,40		0,00		101,17
2110	Ordentliche Gerichte	2008	1.477,35	2,00	700,00	680,99		29,74		2.190,08
2120	Verwaltungsgerichte	2008	94,00			32,50		0,00		126,50
2150	Finanzgericht	2008	30,50			11,53		0,00		42,03
2160	Arbeitsgerichte	2008	54,11	1,00		50,30		0,00		105,41
2170	Sozialgerichte	2008	81,00	1,00		65,20		0,00		147,20
2180	Staatsanwaltschaften	2008	353,00	1,00		175,34		3,00		532,34
2300	Strafvollzugsamt	2008	1.530,19			198,47		0,00		1.728,66
	gesamt:	2008	3.813,72	5,00	942,00	1.399,35	0,00	38,74	0,00	5.256,81

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/10.

Die von der Bürgerschaft beschlossenen Stellenveränderungen sind im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt; sie sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten, sondern werden im folgenden Stellenplan nachgewiesen.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 2	Justizbehörde
---------------------	----------------------

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2008	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2008				Stellenplan 2009/ 10	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2009/ 10	
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2	2000 JB JVerwAmt	268,37		38,57	-40,65	13,11	-19,31	260,09	-8,28
	2050 HmbBfDI	15,05	-0,45			0,10		14,70	-0,35
	2100 Justizamt	101,17	-1,00	28,20	-120,37	2,25	-10,25	0,00	-101,17
	2110 Ordentliche Gerichte	2190,08	-5,00	5,84	-5,37	107,68	-97,55	2195,68	5,60
	2120 Verwaltungsgerichte	126,50		2,00	-1,50	3,00	-3,00	127,00	0,50
	2150 Finanzgericht	42,03						42,03	0,00
	2160 Arbeitsgerichte	105,41	-1,00	1,00	-1,00	2,00	-2,18	104,23	-1,18
	2170 Sozialgerichte	147,20	-1,00	1,00	-1,00	1,00	-0,07	147,13	-0,07
	2180 Staatsanwaltschaften	532,34		1,00	-1,00	11,00	-9,30	534,04	1,70
	2300 Strafvollzugsamt	1728,66	-1,00	6,11	-6,00	4,22	-63,00	1668,99	-59,67
	Summe:	5256,81	-9,45	+83,72	-176,89	+144,36	-204,66	5093,89	-162,92

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

Aus der hier ausgewiesenen Kapazität in den Entgeltgruppen Richtl. hD und gD können auch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte in den Kapiteln 2110 und 2300 bezahlt werden.

Den Beamtinnen und Beamten des mittleren sowie des einfachen Justizdienstes kann die Justizbehörde für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vollziehungsbeamtin bzw. Vollziehungsbeamter der Justiz kraft Auftrages einen

Anteil an den Gebühren und eine widerrufliche Entschädigung bewilligen.

In fünf Planstellen Justizamtfrau/Justizamtmann BesGr. A 11 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Amtsanwältinnen und Amtsanwälte geführt werden.

In dreizehn Planstellen Justizobersekretärin/Justizobersekretär BesGr. A 7 können Beamtinnen und Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher geführt werden.

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00	2,00	1)	2,00	<i>Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 16	1,00	1,00	2)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 15	14,00	14,00	4)	14,00	<i>Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 14	9,00	6,00	5)	8,50	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	5,00	3,00	6)	5,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	8,00			9,00	
A 12	14,50	1,00	7)	13,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	30,50			29,00	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
B 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 16						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 16						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 14					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2120; Personalwirtschaftliche Gründe
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Stellentausch zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem HOLG aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2120; Personalwirtschaftliche Gründe
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Organisatorische Gründe
A 11		1,00							1,00	Ausgleichstelle für ein freigestelltes Personalratsmitglied

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
B 3	1) 2,00 Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	2,00 Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	2) weggefallen	1,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	3) 1,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	
A 15	4) 14,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	14,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	5) 6,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	4,50 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	6) 3,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	2,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 12	7) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2006

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamten/ Beamte					
Planstellen					
A 10	5,00			8,00	
A 9	5,00			5,00	
A 9	24,00	0,50	8)	23,00	kw: 0,50 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern
A 8	20,00			16,50	
A 7	8,00			13,00	
A 6	1,00			1,00	
A 6	2,00			2,00	
A 5	4,00			4,00	
A 4	1,00			1,00	
Summe:	156,00			156,50	

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (14,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (9,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (2,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (14,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (0,50)
A 11	Justizamtfrau/ Justizamtmann (5,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (24,50), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (0,00), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (1,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (0,00), Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (5,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (24,00)
A 8	Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (5,00), Justizvollstreckungshauptsekretärin/ Justizvollstreckungshauptsekretär (11,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (8,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)
A 6	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (2,00)
A 5	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)
A 4	Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (1,00)

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		20,50	-22,50	-1,00			-2,00	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (Anpassung an den tatsächlichen Bedarf)
A 11			-1,00						-1,00	Beendigung der dienstlichen Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 11				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Organisatorische Maßnahme im Bereich der IuK-Abteilung
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Organisatorische Gründe
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2160; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
A 9			-5,00						-5,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9		5,00							5,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (gemeinsame PAISY-Anwendungsberatung im Justizverwaltungsamt und beim HOLG)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	6,00	-6,00	29,00	-27,50	-1,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,50	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	6,50	-6,50	30,00	-28,50	-2,00	0,00	0,00	-0,50	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 11	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	2,00			1,00	
Summe:	3,00			5,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	48,00			48,00	
Nachwuchs mD	194,00			194,00	
Summe:	242,00			242,00	

Nachwuchs gD Rechtspfleger-Anwärterin/ Rechtspfleger-Anwärter (40,00), Verwaltungsinspektor-Anwärterin/ Verwaltungsinspektor-Anwärter (8,00)
Nachwuchs mD Justizsekretärin-Anwärterin/ Justizsekretär-Anwärter (74,00), Obersekretärin-Anwärterin/ Obersekretär-Anwärter (Strafvz) (120,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			0,00	
II a hD	0,00			2,50	
Richtl. Ang.hD	0,00			6,69	
III	0,00			1,84	
IV a	0,00			5,00	
IV b	0,00			7,10	
V b gD	0,00			1,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			16,76	
V b mD	0,00			0,00	
V c	0,00	1,00	9)	20,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	1,00	10)	26,78	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 2
Kapitel 2000
Justizbehörde
Justizverwaltungsamt
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2009/10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 2	
A 14	0,00			1,00	Nr. 8	
A 11	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs mD						-20,00			-20,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
Nachwuchs mD						20,00			20,00	gem. Art. 8 Nr. 4 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/Beamte)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
I a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						-3,75			-3,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.hD						-6,69			-6,69	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-1,84			-1,84	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-1,20			-1,20	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
IV a			-1,00						-1,00	Projekt ESARI
IV a						-3,00			-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
Richtl. Ang.gD						-16,76			-16,76	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V b mD						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
V c						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde
V c			-1,00						-1,00	Beendigung der dienstlichen Freistellung eines Personalratsmitglieds
VI b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
VII	0,00	1,00	11)	3,97	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			5,77	
VIII	0,00			1,00	
IX b	0,00			6,96	
Summe:	0,00			105,87	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	0,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
4	0,00			2,00	
2	0,00	1,00	12)	3,00	
Summe:	0,00			6,00	
Arbeitnehmer					
E 14	2,00	2,00	13)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2013</i>

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-2,00	1,00	-7,20	-31,04			-39,24	
VI b			-2,00	1,00					-2,00	Projekt ESARI
VII			-1,00						-1,00	Verlagerung von Kapitel 2160; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
IX b/VII		1,00							1,00	StPI 2007; Arbeitsverdichtende Maßnahmen im Bereich des Justizverwaltungsamtes
IX b/VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	1,00	-6,00	2,00	-7,20	-31,04	0,00	0,00	-41,24	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,10	-2,76	0,62	-1,00	0,00	0,00	0,00	-3,04	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-61,59	0,00	0,00	-61,59	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	1,10	-8,76	2,62	-8,20	-92,63	0,00	0,00	-105,87	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	-6,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	-6,00	
E 14		2,00							2,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 14	13) kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2013	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2000	Justizverwaltungsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	2,50			0,00	
E 12	2,00			0,00	
E 11	3,45			0,00	
E 10	5,00	1,00	14)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 9	3,00			0,00	
E 8	17,00			0,00	
E 6	28,25	1,00	15)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	5,44	1,00	16)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 4	2,00			0,00	
E 3	4,00	1,00	17)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	6,00			0,00	
Richtl. hD	6,69			0,00	
Richtl. gD	16,76			0,00	
Summe:	104,09			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	260,09			268,37	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00							2,00	
E 13						3,75			3,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12							1,84		1,84	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						1,84			1,84	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,84		-1,84	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							3,00		3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Gründe
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
E 10							4,00		4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						3,00			3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-3,00		-3,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für die dienstliche Freistellung eines Personalratsmitglieds
E 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
E 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (Verlagerung der zentralen Submissionsstelle vom Justizverwaltungsamt zum Justizamt)
E 8					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2100; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
E 6		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
Richtl. hD						6,69			6,69	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. gD						16,76			16,76	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Arbeitnehmer	0,00	5,00	0,00	5,00	-2,00	32,04	4,00	0,00	44,04	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,51	-4,05	0,95	-1,95	0,00	0,00	0,00	-4,54	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68,59	-4,00	0,00	64,59	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	5,51	-4,05	5,95	-3,95	100,63	0,00	0,00	104,09	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	13,11	-19,31	38,57	-40,65	0,00	0,00	0,00	-8,28	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 10	14) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 2
Kapitel 2050

Justizbehörde
Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	4,00	3,00	2)	4,35	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	1,00	0,35 1,00	3) 4)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i> Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	0,95			0,95	
A 12	3,00			3,00	
A 10	1,00			1,00	
Summe:	11,95			12,30	

B 4 Hamburgische Beauftragte/ Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,95)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
IV b	0,00			0,75	
VI b	0,00			2,00	
Summe:	0,00			2,75	
Arbeitnehmer					
E 10	0,75			0,00	
E 9	0,00			0,00	
E 6	2,00			0,00	
Summe:	2,75			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	14,70			15,05	

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00				1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	-0,45	0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,35	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-0,45	0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,35	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,75	0,00	0,00	-0,75	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,75	0,00	0,00	-2,75	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,75	0,00	0,00	0,75	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,75	0,00	0,00	2,75	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-0,45	0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,35	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 15	3) weggefallen	kw: 0,35 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 2 Justizbehörde
 Kapitel 2100 Justizamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
B 3	0,00			0,00	
A 15	0,00	1,00	2)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00			0,00	
A 13	0,00			0,00	
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00			1,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6						-1,00			-1,00	Vermerkvollzug
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
B 3						1,00			1,00	Vermerkvollzug
B 3						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
A 15			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 15		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 15						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
A 15						-6,00			-6,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 14				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
A 14						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14						-2,50			-2,50	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
A 12	-1,00								-1,00	Vollzug eines Haushaltsvermerks

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
B 6	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor nach BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle
A 15	2) weggefallen	1,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle

Einzelplan 2 **Justizbehörde**
Kapitel 2100 **Justizamt**

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00			0,00	
A 11	0,00			18,77	
A 9	0,00			0,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			24,77	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (0,00)
- A 12 Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (0,00)
- A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtman (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
Summe:	0,00			0,00	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2100	Justizamt

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00	-1,00	14,50	-15,50				-2,00	
A 12							1,00		1,00	StPI 2007; für die Leitung des Sachgebiets Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und Amtlicher Anzeiger
A 12		1,00							1,00	StPI 2007; für die Leitung der Serviceeinheit und Sachbearbeitung in der Stiftungsaufsicht
A 12						-4,00			-4,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
A 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
A 11							-1,00		-1,00	StPI 2007; für die Leitung des Sachgebiets Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes und Amtlicher Anzeiger
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (Anpassung an den tatsächlichen Bedarf)
A 11						-4,50			-4,50	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 11						-18,77			-18,77	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
A 7						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
Summe Beamtinnen/ Beamte	-1,00	2,00	-1,00	21,50	-46,77	0,00	0,00	0,00	-25,27	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-1,00	2,00	-1,00	22,00	-46,77	0,00	0,00	0,00	-24,77	

Einzelplan 2
Kapitel 2100

Justizbehörde
Justizamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			1,00	
II a hD	0,00			0,86	
IV a	0,00			3,00	
IV b	0,00			61,50	
V c	0,00			0,00	
VII	0,00			7,50	
IX b/VII	0,00			2,54	
Summe:	0,00			76,40	
Arbeitnehmer					
E 11	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 8	0,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
IV a					1,20				1,20	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
IV a						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
IV a							-1,20		-1,20	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b			-7,00						-7,00	Reorganisation der Sozialen Dienste der Justiz
IV b						-54,50			-54,50	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
V c					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde
VII						-7,50			-7,50	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
IX b/VII			-1,50						-1,50	Reorganisation der Sozialen Dienste der Justiz
IX b/VII						-1,54			-1,54	Verlagerung an Kapitel 1411; Verlagerung der Sozialen Dienste der Justiz zum Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge der Verwaltungsreform
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-8,50	4,20	-66,54	-1,20	0,00	0,00	-72,04	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,75	1,00	-1,11	-0,50	0,00	0,00	-1,36	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	-9,25	5,20	-67,65	-4,70	0,00	0,00	-76,40	
E 11							1,20		1,20	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
E 10							1,20		1,20	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-1,20		-1,20	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (Verlagerung der zentralen Submissionsstelle vom Justizverwaltungsamt zum Justizamt)

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2100	Justizamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			101,17	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2100	Justizamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-1,00	1,20			1,20	
E 8					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Neuorganisation der Justizbehörde (01.01.2008)
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	1,00	-5,00	1,20	0,00	0,00	-2,80	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,25	0,00	0,00	-0,95	0,50	0,00	0,00	-0,20	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,25	0,00	1,00	-5,95	4,70	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	2,25	-10,25	28,20	-120,37	0,00	0,00	0,00	-101,17	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Zuwendung:

- a) die / der Vorsitzende des Richterdienstsenats und ihre / seine Stellvertretungen sowie die / der Vorsitzende der Richterdienstkammer und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 27,61 EUR monatlich,
 b) die weiteren Mitglieder der Richterdienstgerichte in Höhe von 22,50 EUR monatlich.

Die Direktorinnen/Direktoren der Amtsgerichte Altona, Barmbek, Bergedorf, Blankenese, Harburg, St. Georg und Wandsbek erhalten eine Amtszulage

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/Richter					
R 8	1,00			0,00	
R 6	2,00			2,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	16,00			16,00	
R 2	162,50	1,00	1)	161,00	kw: 1,00 BesGr. R 2 Richterin/ Richter am Oberlandesgericht nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg kw: 0,50 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Landgericht zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
R 1	343,54	0,50	2)	343,04	
Summe:	526,04			523,04	

- R 8 Präsidentin/ Präsident des HansOLG (1,00)
 R 6 Präsidentin/ Präsident des Amtsgerichtes (1,00), Präsidentin/ Präsident des Landgerichtes (1,00)
 R 4 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des HansOLG (1,00)
 R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Amtsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (14,00)
 R 2 Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes (7,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (30,00), Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (42,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (83,50)
 R 1 Richterin/ Richter am Amtsgericht (219,25), Richterin/ Richter am Landgericht (124,29)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	10,00			13,00	
R 1	56,00			40,00	
Summe:	66,00			53,00	

- R 2 Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (6,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (4,00)
 R 1 Richterin/ Richter (1,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (22,00), Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (0,00), Richterin/ Richter am Landgericht (33,00)

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 8						1,00			1,00	
R 2							1,00		1,00	StPI 2007; für den Vorsitz einer neu eingerichteten Kammer für Handelssachen (Wettbewerkammer) beim Landgericht Hamburg
R 1		11,42							11,42	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1			-11,42						-11,42	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1			-2,25						-2,25	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		2,25							2,25	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		1,54							1,54	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1			-1,54						-1,54	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		1,00							1,00	Umsetzung des Handlungskonzepts Handeln gegen Jugendgewalt
R 1							-1,00		-1,00	StPI 2007; für den Vorsitz einer neu eingerichteten Kammer für Handelssachen (Wettbewerkammer) beim Landgericht Hamburg
<i>Summe Richterinnen/ Richter</i>										
	0,00	16,21	-15,21	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Richterinnen/ Richter insgesamt</i>										
	0,00	17,21	-15,21	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	3,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
R 2	0,00				1,00	Nr. 1	
R 2	6,00				6,00		B.Beschl.
R 2	1,00				2,00		§ 115
R 2	1,00				1,00		B.Beschl.
R 2	2,00				3,00	Nr. 6	
R 1	1,00				0,00		B.Beschl.
R 1	14,00				10,00	Nr. 7	
R 1	4,00				5,00	Nr. 6	
R 1	1,00				2,00	Nr. 1	
R 1	1,00				1,00	Nr. 5	
R 1	0,00				1,00		B.Beschl.
R 1	1,00				0,00		§ 115
R 1	1,00				0,00	Nr. 2	
R 1	0,00				1,00		§ 115
R 1	15,00				5,00	Nr. 7	
R 1	7,00				3,00		§ 115
R 1	4,00				3,00	Nr. 6	
R 1	5,00				7,00	Nr. 1	
R 1	1,00				1,00		B.Beschl.
R 1	1,00				1,00	Nr. 2	
gesamt:	66,00				53,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
R 1	2) kw: 0,50 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Landgericht zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	1,00	1,00 1,00 1,00	3) 4) 5)	2,00	<i>Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.10.2008 Sabbatjahr</i>
Summe:	1,00			2,00	

R 1 Richterin/ Richter (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 10	0,00	1,00	6)	1,00	<i>Vermerk weggefallen Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 15	1,00	1,00	7)	1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	23,00	0,50 1,00	8) 9)	22,50	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-</i>
A 12	59,00	1,00 0,50	10) 11)	58,50	

ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann nach Beendigung der Mitgliedschaft im Personalrat; Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1	-1,00								-1,00	Beendigung der Abordnung eines Richters/einer Richterin zum Strafvollzugsamt
R 1	-1,00								-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für einen im SJ (Freistellung) befindlichen Richter
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine zum Justizverwaltungsamt abgeordnete Richterin auf Probe
R 1			-1,00						-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für eine zum Justizverwaltungsamt abgeordnete Richterin auf Probe
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich
R 1	-1,00								-1,00	Ende Kapazitätsausgleich
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>										
	-3,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
B 10						-1,00			-1,00	-
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellentausch zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem HOLG aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12							1,00		1,00	gem. Art. 14 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 12		6,00							6,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12			-6,00						-6,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
R 1	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.12.2006 nach Beendigung der Abordnung einer Richterin zum Strafvollzugsamt
R 1	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.12.2006 Sabbatjahr
R 1	5) kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.10.2008 Sabbatjahr	
B 10	6) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG nach BesGr. R 8 Präsidentin/ Präsident des HansOLG nach Freiwerden der Stelle
A 13	8) weggefallen	0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 13	9) kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-	
A 12	11) 0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 12		1,00	12)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor nach Freierwerden der Stelle</i>
A 11	102,00	0,50	13)	100,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	57,00	1,00	14)	54,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern</i>
		1,00	15)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-</i>
		1,00	16)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-</i>
A 9	23,50	1,00	17)	26,50	<i>kw: 1,00 BesGr. A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern</i>
A 9	154,15	1,00	18)	150,15	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	19)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach EntgGr. E 8 zum 31.12.2008</i>
		1,00	20)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	21)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach EntgGr. E 8 zum 31.12.2008</i>
		1,00	22)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst nach BesGr. A 4 Justizhauptwachmeisterin/ Justizhauptwachmeister nach Freierwerden der Stelle</i>
A 8	196,00	1,00	23)	192,50	Vermerk weggefallen
		1,00	24)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach BesGr. A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär nach Freierwerden der Stelle</i>

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		7,00	-6,00		-1,00	-1,00	1,00		0,00	
A 11		10,30							10,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11			-10,30						-10,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11		1,00							1,00	Wahrnehmung erweiterter Aufgaben und Befugnisse der Führungsaufsicht
A 11		1,00							1,00	Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht
A 10		6,60							6,60	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10			-6,60						-6,60	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Organisatorische Maßnahme im Bereich der IuK-Abteilung
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 9		1,00							1,00	§ 50a (1) Nr. 6 LHO
A 9			-1,00						-1,00	§ 50a (1) Nr. 6 LHO
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Gründe
A 9		1,65							1,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 9			-1,65						-1,65	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8		9,95							9,95	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8			-9,95						-9,95	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2170; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8		1,00							1,00	Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Gründe
A 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus organisatorischen Gründen (gemeinsame PAISY-Anwendungsberatung im Justizverwaltungsamt und beim HOLG)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 12	12) ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamten/ Beamte					
Planstellen					
A 7	212,00	1,00	25)	209,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-</i>
A 6	13,00			14,14	
A 6	30,00			30,00	
A 5	55,00			55,00	
A 4	37,00			39,02	
Summe:	963,65			954,31	

- B 10 Präsidentin/ Präsident des HmbVerfG und des HansOLG (0,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (23,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Justizamtsärztin/ Justizamtsarzt (55,00)
A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann (98,50), Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann (3,50)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (51,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (23,50), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (8,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (78,15), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (1,00), Obergerichtsvollzieherin/ Obergerichtsvollzieher (67,00)
A 8 Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (37,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (148,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (11,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (209,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (12,00), Regierungsekretärin/ Regierungsekretär (1,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (30,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (55,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (37,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 12	1,00			2,00	
A 11	8,00			6,00	
A 10	4,00			6,00	
A 9	4,00			4,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	12,00			15,00	
A 7	19,00			30,00	
A 6	2,00			2,00	
A 5	0,00			1,00	
Summe:	52,00			68,00	

- A 12 Justizamtsärztin/ Justizamtsarzt (1,00)
A 11 Justizamtsfrau/ Justizamtsmann (8,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (4,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (4,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)
A 8 Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (2,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (9,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (19,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (2,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		41,50	-35,50	3,00	-3,00	-1,00	1,00		6,00	
A 7		1,00							1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7			-1,00						-1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 4			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahmen im Wachmeisterbereich des Landgerichts
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	43,50	-37,50	3,00	-3,00	-1,00	1,00	0,00	6,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	-1,16	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,34	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	-1,00	0,00	3,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	44,50	-38,66	3,50	-3,00	3,00	0,00	0,00	9,34	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 12	1,00			2,00	Nr. 6	
A 11	4,00			3,00	Nr. 6	
A 11	4,00			3,00	Nr. 7	
A 10	1,00			2,00	Nr. 7	
A 10	3,00			4,00	Nr. 6	
A 9	3,00			4,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
A 9	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 8	2,00			0,00	Nr. 7	
A 8	3,00			5,00	Nr. 7	
A 8	6,00			9,00	Nr. 6	
A 8	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7	6,00			11,00	Nr. 7	
A 7	12,00			19,00	Nr. 6	
A 7	1,00			0,00	Nr. 1	
A 6	1,00			1,00	Nr. 7	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
A 5	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	52,00			68,00		

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	700,00			700,00	
Summe:	700,00			700,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (700,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			16,00	
IV b	0,00			1,69	
V b gD	0,00			10,00	
V c	0,00	2,00	26)	148,05	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	2,00	27)	272,88	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	0,00	1,00	28)	106,80	<i>Vermerk weggefallen</i>
		4,00	29)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,50	30)		<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			86,62	
VIII	0,00			18,00	
IX b	0,00	0,50	31)	18,95	<i>Vermerk weggefallen</i>
X	0,00			1,00	
Summe:	0,00			680,99	

Einzelplan 2
Kapitel 2110
Justizbehörde
Ordentliche Gerichte
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-16,50			-16,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V c			-3,75						-3,75	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V c		3,75							3,75	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
V c			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
V c		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2170; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
VI b			-13,36						-13,36	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b		13,36							13,36	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
VII		1,00							1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
VII			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
VII		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
Summe Angestellte										
	0,00	20,11	-19,11	1,00	-2,00	-17,50	0,00	0,00	-17,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	2,31	-3,09	0,00	-0,37	-0,01	0,00	0,00	-1,16	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-662,33	0,00	0,00	-662,33	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	22,42	-22,20	1,00	-2,37	-679,84	0,00	0,00	-680,99	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			0,28	
3	0,00			0,50	
2	0,00			12,00	
1 (R)	0,00			16,96	
Summe:	0,00			29,74	
Arbeitnehmer					
E 12	2,00			0,00	
E 11	13,50	0,50	32)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 10	4,69			0,00	
E 9	11,00			0,00	
E 8	148,55	2,00	33)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 6	282,53	2,00	34)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 6 Vorlesekraft für einen blinden Richter beim Landgericht</i>

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1 (R)			-1,35						-1,35	Umstellung von Eigenreinigung auf Fremdreinigung im Ziviljustizgebäude
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>		0,00	0,00	-1,35	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,35	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,28	0,00	-0,78	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-27,61	0,00	-27,61	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>		0,00	0,00	-1,85	0,00	0,00	-27,89	0,00	-29,74	
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							13,50		13,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						16,50			16,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-13,50		-13,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							1,69		1,69	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 8		1,75							1,75	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilen)
E 8			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6		6,25							6,25	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 11	32) 0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2110	Ordentliche Gerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	177,22	2,00	35)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 5 bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
		1,00	36)		
E 4	0,23			0,00	
E 3	34,00			0,00	
E 2 ü	1,00			0,00	
E 2	30,27	0,50	37)	0,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 2 bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern;</i>
Summe:	704,99			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	2195,68			2190,08	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		9,00	-4,00			17,50	1,69		24,19	
E 6		2,00							2,00	Umsetzung des Handlungskonzepts Handeln gegen Jugendgewalt
E 6		3,30							3,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6			-3,30						-3,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 5		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 5			-1,00						-1,00	Aufgrund eines techn. Problems in Epos und R. mit Hr. Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 5		2,95							2,95	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 5			-2,95						-2,95	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 5	-2,00								-2,00	Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern
E 2		1,19							1,19	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 2			-1,19						-1,19	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
Summe Arbeitnehmer										
	-2,00	19,44	-12,44	0,00	0,00	17,50	1,69	0,00	24,19	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,11	-6,19	1,34	0,00	0,29	0,00	0,00	-3,45	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	685,94	-1,69	0,00	684,25	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-2,00	20,55	-18,63	1,34	0,00	703,73	0,00	0,00	704,99	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-5,00	107,68	-97,55	5,84	-5,37	0,00	0,00	0,00	5,60	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2120	Verwaltungsgerichte

Bei den Verwaltungsgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Oberverwaltungsgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Oberverwaltungsgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Oberverwaltungsgericht oder des Präsidenten beim Oberverwaltungsgericht
 b) die Vizepräsidentin beim Verwaltungsgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Verwaltungsgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Verwaltungsgericht der des Präsidenten beim Verwaltungsgericht

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	4,00			4,00	
R 2	25,50			25,50	
R 1	38,00			38,00	
Summe:	69,50			69,50	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00)
 R 4 Präsidentin/ Präsident des Verwaltungsgerichtes (1,00)
 R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht (3,00)
 R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (11,50), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (13,00)
 R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (38,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	2,00			2,00	
R 1	2,00			5,00	
Summe:	4,00			7,00	

- R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (1,00)
 R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			1,00	
A 11	2,00			2,50	
A 10	2,00			2,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	4,00			4,00	
A 7	5,00			6,00	
A 6	1,00			1,00	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2120	Verwaltungsgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Gründe
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2180; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Gründe
A 9			-2,00						-2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 9		2,00							2,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/10			2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
R 2	1,00			1,00		B.Beschl.
R 2	1,00			1,00		B.Beschl.
R 1	0,00			1,00	Nr. 7	
R 1	0,00			1,00	Nr. 1	
R 1	2,00			2,00	Nr. 6	
R 1	0,00			1,00		§ 115
gesamt:	4,00			7,00		

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2120	Verwaltungsgerichte

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 5	1,00			1,00	
Summe:	24,00			24,50	

- A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (2,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,50), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (3,50)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (5,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 8	1,00			1,00	
A 7	3,00			2,00	
Summe:	4,00			3,00	

- A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b gD	0,00			3,00	
V c	0,00			4,00	
VI b	0,00			20,00	
VII	0,00			1,00	
IX b/VII	0,00			2,50	
IX b	0,00			2,00	
Summe:	0,00			32,50	
Arbeitnehmer					
E 9	3,00			0,00	
E 8	4,00			0,00	
E 6	21,00			0,00	
E 5	3,50			0,00	
E 2	2,00			0,00	
Summe:	33,50			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	127,00			126,50	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2120	Verwaltungsgerichte

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 8	1,00				1,00	Nr. 6	
A 7	2,00				2,00	Nr. 7	
A 7	1,00				0,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00				3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	2,00	-2,00	2,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	2,00	-2,00	2,00	-1,50	-1,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-32,50	0,00	0,00	-32,50	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-32,50	0,00	0,00	-32,50	
E 5		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
E 5			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33,50	0,00	0,00	33,50	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	33,50	0,00	0,00	33,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	3,00	-3,00	2,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	0,50	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2150	Finanzgericht

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 5	1,00			1,00	
R 3	5,00			5,00	
R 2	14,50			14,50	
Summe:	20,50			20,50	

R 5 Präsidentin/ Präsident des Finanzgerichtes (1,00)
R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Finanzgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Finanzgericht (4,00)
R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (14,50)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 12	2,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	3,00			3,00	
A 8	4,00			4,00	
Summe:	10,00			10,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (2,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00			4,50	
VI b	0,00			1,00	
VII	0,00	0,39	1)	3,39	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	0,00			1,64	
IX b	0,00			1,00	
Summe:	0,00			11,53	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2150	Finanzgericht

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
R 2	1,00				0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00				0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,53	0,00	0,00	-11,53	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,53	0,00	0,00	-11,53	

Einzelplan 2
Kapitel 2150

Justizbehörde
Finanzgericht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	4,50			0,00	
E 6	1,00			0,00	
E 5	5,03	0,39	2)	0,00	<i>kw: 0,39 EntgGr. E 5 nach Ausscheiden einer blinden Protokollführerin</i>
E 2	1,00			0,00	
Summe:	11,53			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	42,03			42,03	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2160	Arbeitsgerichte

Bei den Arbeitsgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landesarbeitsgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landesarbeitsgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landesarbeitsgericht oder des Präsidenten beim Landesarbeitsgericht
- b) die Vizepräsidentin beim Arbeitsgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Arbeitsgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Arbeitsgericht oder des Präsidenten beim Arbeitsgericht

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 3	8,00			8,00	
R 2	3,00			3,00	
R 1	21,00			21,00	
Summe:	33,00			33,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00)
- R 3 Präsidentin/ Präsident des Arbeitsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht (6,00)
- R 2 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Arbeitsgerichtes (1,00)
- R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (21,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 1	3,00			4,00	
Summe:	3,00			4,00	

- R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	0,00			0,00	
R 1	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	1,00			1,00	
A 11	5,00			5,00	
A 10	2,00			2,00	
A 9	2,00			1,00	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2160	Arbeitsgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1			-1,00						-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für einen im Sabbatjahr (Freistellung) befindlichen Richter
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für einen im Sabbatjahr (Freistellung) befindlichen Richter
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
R 1	1,00			3,00	Nr. 7	§ 115
R 1	0,00			1,00	Nr. 8	
R 1	1,00			0,00		
R 1	1,00			0,00	Nr. 1	
gesamt:	3,00			4,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
R 1	weggefallen	kw: 0,39 VergGr. VII nach Ausscheiden einer blinden Protokollführerin

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 1	1,00	Richterin/ Richter	Richterin/ Richter am Arbeitsgericht	-

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2160	Arbeitsgerichte

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 9	4,00			4,11	
A 8	4,00			4,00	
A 7	7,00			4,00	
A 6	0,00			0,00	
A 6	0,00			0,00	
Summe:	25,00			21,11	

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (4,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (4,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (3,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (7,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 10	1,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	1,00			2,00	

A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (1,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 6	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			1,00	

A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b gD	0,00			2,00	
V c	0,00			10,00	
VI b	0,00			29,30	
IX b/VII	0,00			2,50	
VIII	0,00			6,00	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2160	Arbeitsgerichte

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/10		Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,11	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,11	1,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,89	
A 6	-1,00								-1,00	
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
VI b		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 2
Kapitel 2160

Justizbehörde
Arbeitsgerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IX b	0,00	0,50	2)	0,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			50,30	
Arbeitnehmer					
E 9	2,00			0,00	
E 8	10,50			0,00	
E 6	28,73			0,00	
E 5	2,50			0,00	
E 3	2,00			0,00	
E 2	0,50	0,50	3)	0,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 2 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Summe:	46,23			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	104,23			105,41	

Einzelplan 2
Kapitel 2160

Justizbehörde
Arbeitsgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-48,80	0,00	0,00	-48,80	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	-1,00	-49,30	0,00	0,00	-50,30	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,07	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,43	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45,80	0,00	0,00	45,80	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,07	0,00	0,00	46,30	0,00	0,00	46,23	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	2,00	-2,18	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,18	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2170	Sozialgerichte

Bei den Sozialgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landessozialgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landessozialgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landessozialgericht oder des Präsidenten beim Landessozialgericht
- b) die Vizepräsidentin beim Sozialgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Sozialgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Sozialgericht oder des Präsidenten beim Sozialgericht

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 3	3,00			3,00	
R 2	13,00			13,00	
R 1	33,00	5,00	1)	33,00	<i>kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht zum 31.12.2010</i>
Summe:	50,00			50,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landessozialgerichtes (1,00)
- R 3 Präsidentin/ Präsident des Sozialgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landessozialgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landessozialgericht (1,00)
- R 2 Richterin/ Richter am Landessozialgericht (8,00), Richterin/ Richter am Sozialgericht (4,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Sozialgerichtes (1,00)
- R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht (33,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	2,00			2,00	
R 1	3,00			4,00	
Summe:	5,00			6,00	

- R 2 Richterin/ Richter am Landessozialgericht (1,00), Richterin/ Richter am Sozialgericht (1,00)
- R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	1,00	1,00	2)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	1,00			1,00	

- R 1 Richterin/ Richter (1,00)

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2170	Sozialgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
R 1	-1,00									-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für einen im Sabbatjahr (Freistellung) befindlichen Richter
R 1		1,00								1,00	
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>											
	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
R 2	1,00			1,00		§ 115 § 115 § 115
R 2	1,00			1,00		
R 1	0,00			1,00		
R 1	2,00			1,00	Nr. 1 Nr. 7	
R 1	1,00			2,00		
gesamt:	5,00			6,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
R 1	1) kw: 5,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter am Sozialgericht zum 31.12.2010	kw: 5,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter am Sozialgericht zum 31.12.2006
R 1	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richter/ Richter zum 30.04.2007 Sabbatjahr

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
R 1	1,00	Richter/ Richter	Richter/ Richter am Sozialgericht	-

Einzelplan 2
Kapitel 2170

Justizbehörde
Sozialgerichte

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	7,00	1,00	3)	7,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor zum 31.12.2010</i>
A 9	3,00			3,00	
A 9	3,00			3,00	
A 8	0,00			0,00	
A 7	15,00	7,00	4)	15,00	<i>kw: 7,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär zum 31.12.2010</i>
Summe:	31,00			31,00	

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (2,00)
 A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
 A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (13,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 10	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	0,00			1,00	
V b gD	0,00			2,00	
V c	0,00			5,50	
VI b	0,00			47,50	
VII	0,00			3,00	
IX b/VII	0,00			1,20	
VIII	0,00			3,00	
IX b	0,00			2,00	
Summe:	0,00			65,20	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2170	Sozialgerichte

II. Erläuterungen**Übersicht über die Leerstellen**

2009/10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	
IV a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,07	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-65,13	0,00	0,00	-65,13	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,07	1,00	0,00	-66,13	0,00	0,00	-66,20	

Einzelplan 2
Kapitel 2170

Justizbehörde
Sozialgerichte

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	1,00			0,00	
E 9	2,00			0,00	
E 8	5,50			0,00	
E 6	48,50			0,00	
E 5	3,13			0,00	
E 3	3,00			0,00	
E 2	2,00			0,00	
Summe:	65,13			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	147,13			147,20	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2170	Sozialgerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 10						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	64,13	0,00	0,00	64,13	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	65,13	0,00	0,00	65,13	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	1,00	-0,07	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-0,07	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2180	Staatsanwaltschaften

Bei der Staatsanwaltschaft Hamburg erhalten eine Amtszulage:

- a) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als ständige Vertretung der Leitenden Oberstaatsanwältin oder des Leitenden Oberstaatsanwalts,
 b) sechs Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte R 2 für die Hauptabteilungsleitungen,
 c) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als Leitung der Amtsanwaltschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamten/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	3,00			3,00	
R 2	44,00			45,00	
R 1	126,00			125,00	
A 15	2,00	1,00	1)	0,00	<i>Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			1,00	
A 13	15,00	1,00	2)	14,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
A 12	24,00	1,00	3)	24,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	34,00			34,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	22,00	1,00	4)	24,50	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekre nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	5)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 8 Justizhauptsekr nach Freierwerden der Stelle</i>
A 8	28,00	1,00	6)	28,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freierwerden der Stelle</i>
A 7	35,00			31,50	
A 6	1,00			1,00	
A 6	4,00			4,00	
A 5	11,00			11,00	
A 4	2,00			2,00	
Summe:	357,00			353,00	

R 6	Generalstaatsanwältin/ Generalstaatsanwalt (1,00)
R 4	Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (1,00)
R 3	Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (3,00)
R 2	Oberstaatsanwältin/ Oberstaatsanwalt (44,00)
R 1	Staatsanwältin/ Staatsanwalt (126,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13	Oberamtsanwältin/ Oberamtsanwalt (14,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsanwältin/ Amtsanwalt (16,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (8,00)
A 11	Justizamtfrau/ Justizamtmann (33,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (1,00)
A 10	Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (0,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (21,00)
A 8	Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (26,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (33,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2180	Staatsanwaltschaften

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 2			-1,00						-1,00	StPI 2007; für die Leitung der Zentralverwaltung der Staatsanwaltschaften
R 1		1,00							1,00	Umsetzung des Handlungskonzepts Handeln gegen Jugendgewalt
A 15		1,00							1,00	StPI 2007; Erweiterung des Wirtschaftsreferats
A 15		1,00							1,00	StPI 2007; für die Leitung der Zentralverwaltung
A 13		1,00							1,00	StPI 2007; Erweiterung des Wirtschaftsreferats
A 13		1,00							1,00	Ausgleichsstelle für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12			-1,00						-1,00	Wegfall einer Ausgleichsstelle für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12		1,00							1,00	StPI 2007; für die dritte Gruppenleitung in der Vollstreckungsabteilung (Hauptabteilung I)
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2120; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	6,00	-2,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	4,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>		0,00	6,00	-2,00	0,50	-1,00	0,50	0,00	0,00	4,00

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 15	1) 1,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	
A 13 A 12	2) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied 3) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2180	Staatsanwaltschaften

I. Stellenbestand

A 6	Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)
A 6	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (4,00)
A 5	Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (11,00)
A 4	Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (2,00)

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 1	17,00			18,00	
A 12	2,00			4,00	
A 9	0,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	3,00			6,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	24,00			31,00	

R 1	Staatsanwältin/ Staatsanwalt (17,00)
A 12	Amtsanwältin/ Amtsanwalt (2,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (0,00)
A 9	Justizinspektorin/ Justizinspektor (0,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)
A 8	Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)
A 7	Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (3,00)
A 6	Justizsekretärin/ Justizsekretär (0,00)

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
R 1	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

R 1	Staatsanwältin/ Staatsanwalt (0,00)
-----	-------------------------------------

2009/ 10			2008		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			2,00	

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a (1)
R 1	9,00			7,00	Nr. 7	
R 1	4,00			7,00	Nr. 6	
R 1	3,00			4,00	Nr. 1	
R 1	1,00			0,00	Nr. 3	
A 12	2,00			3,00	Nr. 7	
A 12	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
A 7	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7	2,00			5,00	Nr. 6	
A 6	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	24,00			31,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1			-1,00						-1,00	Ende Kapazitätsausgleich
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1		1,00							1,00	Projekt PROTÄKT
R 1			-1,00						-1,00	Projekt PROTÄKT
R 1			-1,00						-1,00	Einsparung
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>		0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
R 1	weggefallen	1,00 Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle

Einzelplan 2
Kapitel 2180

Justizbehörde
Staatsanwaltschaften

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV b	0,00	0,50	7)	4,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
V b gD	0,00			3,00	
V c	0,00			42,20	
VI b	0,00			100,64	
VII	0,00			11,50	
IX b/VII	0,00			1,00	
VIII	0,00			4,50	
VIII	0,00			0,00	
IX b	0,00			5,00	
Summe:	0,00			175,34	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
2	0,00			3,00	
Summe:	0,00			3,00	
Arbeitnehmer					
E 11	2,00			0,00	
E 10	4,00			0,00	
E 9	3,00			0,00	
E 8	41,65			0,00	
E 6	100,39	0,50	8)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 5	12,50			0,00	
E 3	7,50			0,00	
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	6,00	1,00	9)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 2 nach Freiwerden der Stelle (Sonderprogramm zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter)</i>
Summe:	177,04			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	534,04			532,34	

Einzelplan 2
Kapitel 2180

Justizbehörde
Staatsanwaltschaften

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-172,34	0,00	0,00	-172,34	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	-175,34	0,00	0,00	-175,34	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
E 11						1,00				1,00: Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							2,00			2,00: Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11			-1,00							-1,00: Projekt ESARI
E 10							4,00			4,00: Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						2,00				2,00: Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-2,00			-2,00: Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10			-1,00							-1,00: Projekt ESARI
E 10						-1,00				-1,00: gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00				1,00: gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 6		1,00								1,00: Projekt PROTAKT
E 6			-1,25							-1,25: Projekt ESARI
E 2		1,00								1,00: Sonderprogramm zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	2,00	-3,25	0,00	0,00	3,00	4,00	0,00	5,75	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,55	0,50	0,00	0,50	0,00	0,00	0,95	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	174,34	-4,00	0,00	170,34	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	2,50	-3,80	0,50	0,00	177,84	0,00	0,00	177,04	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	11,00	-9,30	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,70	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2300	Strafvollzugsamt

Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand, die sich wegen der weiten Entfernung von ihrer Wohnung an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen aus dienstlichen Gründen am Dienort aufhalten müssen, erhalten freie Unterkunft und Verpflegung.

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	4,00	4,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	11,00	7,00	3)	11,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	14,00	1,00	4)	16,50	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	13,00	1,00	5)	18,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	7,00			5,00	
A 12	20,00	1,00	6)	21,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14			-1,00						-1,00	Neustrukturierung des Strafvollzugs (Zusammenlegung der Sozialtherapeutischen Anstalten)
A 14			-1,00						-1,00	Neustrukturierung des Strafvollzugs (Zusammenlegung der Sozialtherapeutischen Anstalten)
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung der Gefangenen in der JVA Fuhsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
A 13						-5,00			-5,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12	-1,00								-1,00	Zentralisierung der Hochbaudienststellen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 14	4) 1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	1,50 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	5) 1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	2,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 12	6) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Freiwerden der Stelle

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst	Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat	-
A 13	1,00	Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungsoberamtsrat	Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat	StPI 2007; Laufbahngerechte Anpassung der Stellenausstattung im Leitungsbereich der JVA Glasmoor
A 12	1,00	Verwaltungsamtsrätin/ Verwaltungsamtsrat	Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat	StPI 2007; Laufbahngerechte Anpassung der Stellenausstattung im Bereich der Vollzugsleitungen der JVA Billwerder

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 11	71,37			72,90	
A 10	17,00	1,00	7)	15,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor nach EntgGr. E 10 zum 31.12.2008 Umwandlung gem. Art. 8 Nr. 7 HHbeschluss 2007/2008</i>
A 9	10,00			12,00	
A 9	277,00	1,00	8)	282,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 8	425,00	1,00	9)	438,00	Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00		-3,00	2,00	-2,00	-2,00			-6,00	
A 12		1,00							1,00	StPI 2007; für die dritte Vollzugsleitung der JVA Billwerder
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Organisatorische Gründe
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11		1,00				2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11									1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Organisatorische Gründe
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Gründe
A 9			-1,00						-1,00	Projekt ESARI
A 9			-1,00						-1,00	Projekt ESARI
A 9			-2,00						-2,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der Untersuchungshaftanstalt (Arbeitszeitverlängerung)
A 9			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Glasmoor (Arbeitszeitverlängerung)
A 9			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Fuhsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
A 8			-1,00						-1,00	Projekt ESARI
A 8			-4,00						-4,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Fuhsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
A 8			-2,00						-2,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der Untersuchungshaftanstalt (Arbeitszeitverlängerung)
A 8			-2,00						-2,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Billwerder (Arbeitszeitverlängerung)
A 8		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für die dienstliche Freistellung eines Personalratsmitglieds

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte						
Planstellen						
A 7	575,82			598,79		
A 6	1,00			1,00		
A 6	6,00			6,00		
A 5	27,00			27,00		
Summe:	1481,19			1530,19		

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
 A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (2,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat an Sonderschulen (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (7,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00), Studienrätin/ Studienrat an Sonderschulen (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (9,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (0,00), Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungsoberamtsrat (6,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00), Verwaltungsamtsrätin/ Verwaltungsamtsrat (20,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (25,87), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtman (44,50)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00), Verwaltungsoberinspektorin/ Verwaltungsoberinspektor (12,00)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00), Verwaltungsinpektorin/ Verwaltungsinpektor (9,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (232,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Werkdienst des Strafvollzuges (28,00), Verwaltungsamtsinspektorin/ Verwaltungsamtsinspektor (16,00)
 A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (347,00), Hauptwerkmeisterin/ Hauptwerkmeister im Strafvollzugsdienst (42,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (32,00)
 A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (548,82), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (27,00)
 A 6 Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (1,00)
 A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (6,00)
 A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (27,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
Leerstellen (kw) *						
A 11	1,00			2,00		
A 9	1,00			0,00		
A 8	2,00			2,00		
A 7	4,00			4,00		
A 6	0,00			2,00		
A 3	0,00			1,00		
Summe:	8,00			11,00		

- A 11 Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtman (1,00)
 A 9 Verwaltungsinpektorin/ Verwaltungsinpektor (1,00)
 A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (1,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (2,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (2,00)
 A 6 Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (0,00)
 A 3 Justizoberwachtmeisterin/ Justizoberwachtmeister (0,00)

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2009/ 10			Vermerk Nr.	2008 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	0,00				1,00	Nr. 6	
A 9	1,00				0,00	Nr. 7	
A 8	1,00				1,00	Nr. 7	
A 8	1,00				1,00	Nr. 7	
A 7	2,00				2,00	Nr. 7	
A 7	0,00				1,00	Nr. 6	
A 7	2,00				1,00	Nr. 7	
A 6	0,00				2,00	Nr. 7	
A 3	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	8,00				11,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	3,00	-18,00	5,00	-4,00	-3,00			-18,00	
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Gründe
A 7			-2,60						-2,60	Projekt ESARI
A 7			-4,02						-4,02	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Billwerder (Arbeitszeitverlängerung)
A 7			-8,03						-8,03	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der Untersuchungshaftanstalt (Arbeitszeitverlängerung)
A 7			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 7		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 7			-3,27						-3,27	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Billwerder (Arbeitszeitverlängerung)
A 7			-1,50						-1,50	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der Untersuchungshaftanstalt (Arbeitszeitverlängerung)
Summe Beamtinnen/ Beamte	-1,00	4,00	-38,42	5,00	-5,00	-3,00	0,00	0,00	-38,42	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,03	-2,61	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-3,58	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,00	0,00	0,00	-7,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-1,00	4,03	-41,03	5,00	-6,00	-10,00	0,00	0,00	-49,00	

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I b/ a	0,00			0,31	
II a/ a	0,00			11,70	
I b	0,00			2,00	
II a hD	0,00	1,00	10)	19,25	<i>Vermerk weggefallen</i>
Richtl. Ang.hD	0,00			1,23	
II b	0,00			1,00	
III	0,00			4,00	
IV a	0,00			1,00	
IV b	0,00			26,59	
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00			18,50	
VI b	0,00			10,01	
VII	0,00			47,21	
IX b/VII	0,00			13,99	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a			-1,00						-1,00	Neustrukturierung des Strafvollzugs (Zusammenlegung der Sozialtherapeutischen Anstalten)
II a/ a						-6,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a						-3,70			-3,70	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						-18,50			-18,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. Ang.hD			-1,23						-1,23	Organisatorische Maßnahme im Bereich der stundenweise beschäftigten Fachärzte im ZKH
II b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a							1,00		1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
IV a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b			-1,09						-1,09	Projekt ESARI
IV b			-2,00						-2,00	Neustrukturierung des Strafvollzugs (Zusammenlegung der Sozialtherapeutischen Anstalten)
V c			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Betreuung ausländischer Gefangener in der JVA Fuhlsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
V c			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Betreuung ausländischer Gefangener in der JVA Hahnöfersand (Arbeitszeitverlängerung)
VII			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Werkdienstes in der JVA Fuhlsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
VII			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Vollzugsgeschäftsstelle in der JVA Fuhlsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
VII			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich der Zentralkartei und des Zentralarchivs für die hamburgischen Vollzugsanstalten in der JVA Fuhlsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
IX b/VII			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Schreibbereich der JVA Hahnöfersand (Arbeitszeitverlängerung)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
II a hD	10) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VIII	0,00			5,68	
Kr. VII	0,00			1,00	
Kr. V	0,00			33,00	
Summe:	0,00			198,47	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 15	3,70			0,00	
E 14	3,00			0,00	
E 13	27,50	1,00	11)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 12	3,00			0,00	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2300	Strafvollzugsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-11,32			-39,20	1,00		-49,52	
IX b/VII			-2,04						-2,04	Neustrukturierung des Strafvollzugs (Zusammenlegung der Sozialtherapeutischen Anstalten)
IX b/VII			-1,00						-1,00	Einführung der Personaleinsatz- und Dienstplanungssoftware SP-Expert im Strafvollzug
VIII			-1,00						-1,00	Fremdvergabe der Auslieferung von Brot- und Backwaren der Bäckerei der JVA Fuhsbüttel
<i>Summe Angestellte</i>		0,00	0,00	-15,36	0,00	0,00	-39,20	1,00	0,00	-53,56
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,00	-4,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,27
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-139,64	-1,00	0,00	-140,64
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>		0,00	0,00	-19,63	0,00	0,00	-178,84	0,00	0,00	-198,47
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15						3,70			3,70	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						18,50			18,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						5,00			5,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 12							4,00		4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 13	11) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
E 13	2,00			-

Einzelplan 2
Kapitel 2300

Justizbehörde
Strafvollzugsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	3,00			0,00	
E 10	2,00			0,00	
E 9	21,88			0,00	
E 9 c	1,00			0,00	
E 8	18,50			0,00	
E 7 a	36,00			0,00	
E 6	41,01			0,00	
E 5	21,53			0,00	
E 3	4,68			0,00	
E 2	0,00			0,00	
Summe:	187,80			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	1668,99			1728,66	

Einzelplan 2	Justizbehörde
Kapitel 2300	Strafvollzugsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						34,20	4,00		38,20	
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						4,00			4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-4,00		-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Gründe
E 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
E 10						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-2,00		-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 8			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des mittleren Verwaltungsdienstes der JVA Fuhsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-2,00	1,00	0,00	41,20	2,00	0,00	42,20	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,19	-0,34	0,11	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,04	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	147,64	-2,00	0,00	145,64	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,19	-2,34	1,11	0,00	188,84	0,00	0,00	187,80	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	4,22	-63,00	6,11	-6,00	0,00	0,00	0,00	-59,67	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	2110	1,00	Richterin/Richter am Landgericht R 1	Weitere Umsetzung des Konzeptes „Konzentrierte Führungsaufsicht“ (Drucksache 18/7393)
		1,00	Justizamtfrau/Justizamtmann A 11	
		1,00	Justizobersekretärin/Justizobersekretär A 7	
2	2110	1,00	Justizamtfrau/Justizamtmann A 11	Rechtspflegerin/Rechtspfleger und IT-Koordinatorin/Koordinator im Registergericht des Amtsgerichts Hamburg
3	2170	0,50	Vorsitzende Richterin/Vorsitzender Richter am Landessozialgericht R 3 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw zum 31.12.2010“.	Verstärkung des Landessozialgerichtes (Drucksache 19/2328)
4	2180	1,00	Staatsanwältin/Staatsanwalt R 1	Weitere Umsetzung des Konzeptes „Konzentrierte Führungsaufsicht“ (Drucksache 18/7393)
		0,50	Justizobersekretärin/Justizobersekretär A 7	
5	2300	0,50	Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat A 14	Weitere Umsetzung des Konzeptes „Konzentrierte Führungsaufsicht“ (Drucksache 18/7393)
Stellenhebungen				
6	2000	1,00	Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst A 13 nach Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst A 14	Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamtsamt
7	2110	5,00	Justizinspektorin/Justizinspektor A 9 nach Justizoberinspektorin/Justizoberinspektor A 10	Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamtsamt
8	2110	1,00	Justizhauptsekretärin/Justizhauptsekretär A 8 nach Amtsinspektorin/Amtsinspektor im Justizdienst A 9	Sachbearbeitung für Statistikangelegenheiten, Geschäftsgangbestimmungen und -prüfung beim Amtsgericht Hamburg
9	2300	1,00	Verwaltungsamtsrätin/Verwaltungsamtsrat A 12 nach Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13	Leitung des Personalreferats des Strafvollzugsamtes

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
10	2300	1,00	Verwaltungsamtfrau/Verwaltungsamtmann A 11 nach Verwaltungsamtsrätin/Verwaltungsamtsrat A 12	Leitung, Sachbearbeitung des Sachgebiets Sicherheitsangelegenheiten des Strafvollzugsamtes
Sonstige Stellenveränderungen				
11	2000	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle“.	
12	2000	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 8 in Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die Abteilung Kassen- und Rechnungswesen des Justizverwaltungsamtes
13	2110	2,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 8 in Amtsinspektorin/Amtsinspektor im Justizdienst A 9	aus personalwirtschaftlichen Gründen für die Mahnabteilung des Amtsgerichts Hamburg
14	2300	2,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 Die Stellen erhalten den Haushaltsvermerk „Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle“.	
15	2300	1,00	Oberstudienrätin/Oberstudienrat an Sonderschulen A 14 in Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst A 14	aus laufbahnrechtlichen Gründen für den Psychologischen Dienst in der JVA Billwerder
16	2300	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle“.	
17	2300	1,00	Verwaltungsamtfrau/Verwaltungsamtmann A 11 in Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Sachbearbeitung Organisation und Stellenplan
18	2300	1,00	Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer E 10 in Technische Oberinspektorin/Technischer Oberinspektor A 10	aus personalwirtschaftlichen Gründen für das Referat Bau- und Sicherheitsangelegenheiten
19	2300	1,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst A 9 in Verwaltungsamtsinspektorin/Verwaltungsamtsinspektor A 9	aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Ausbildungsleitung des Allgemeinen Vollzugsdienstes im Referat Vollzugsschule

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
20	2300	1,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst A 9 in Verwaltungsamtsinspektorin/Verwaltungsamtsinspek- tor A 9	aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Sachbear- beitung von Verwaltungs- angelegenheiten im Referat Vollzugsschule
21	2300	1,00	Hauptsekretärin/Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst A 8 in Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Personal- sachbearbeitung im Referat Personalverwaltung
22	2300	1,00	Verwaltungshauptsekretärin/Verwaltungshauptsekre- tär A 8 in Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Personal- sachbearbeitung im Referat Personalverwaltung

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010 / 2010/2011

Wirtschaftsplan der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006/7	Ansatz 2008/9	Ansatz 2009/10	Ansatz 2010/11
	In Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. Erfolgsplan				
Erträge				
1. Umsatzerlöse				
300 Erträge aus Bodennutzung	0	0	0	0
340 Erträge aus Viehhaltung	536	510	595 ¹	595 ¹
Summe 1.	536	510	595	595
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen				
390 Mehrbestände	8	0	0	0
591 Minderbestände	-19	0	0	0
Summe 2.	-11	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
...				
...				
Summe 3.	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge				
260 Betriebsfremde Haus- und Grundstückserträge	0	0	0	0
380 Sonstige Betriebserträge	61	20	60 ²	60 ²
Summe 4.	61	20	60	60
5. Zinserträge und ähnliche Erträge				
270 Zinserträge	26	4	4	4
Summe 5.	26	4	4	4
6. Außerordentliche Erträge				
158 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	0	0	0	0
280 Betriebliche außerordentliche Erträge	6	2	2	2
250 Betriebsfremde u. außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe 6.	6	2	2	2
<u>Gesamterträge</u>	618	536	661	661

¹ Verbesserung der Erlössituation

² EU weite Umstellung der Prämienzahlungen

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006/7	Ansatz 2008/9	Ansatz 2009/10	Ansatz 2010/11
	In Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. Erfolgsplan				
Aufwendungen				
1. Materialaufwendungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
500 Saatgut, Sämereien	8	5	8	8
502 Düngemittel	7	5	8	8
520 Futtermittel	105	110	135 ³	135 ³
525 Viehzukauf	43	58	58	58
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
503 Allgemeine Kosten der Feldwirtschaft	4	3	4	4
507 Lohnmaschineneinsatz	48	40	50 ⁴	50 ⁴
529 Allgemeine Kosten der Viehhaltung	35	28	35	35
Summe 1.	250	249	298	298
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
... Beamtenbezüge				
401 Arbeitnehmervergütungen	164	100	164	164
402 Gefangenen-, Insassenlöhne	15	17	17	17
442 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen	0	0	0	0
Summe 2.1	179	117	181	181
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
401 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeitnehmer	31	20	30	30
... Versorgungsaufwendungen – Beamte				
411 Versorgungsaufwendungen – Arbeitnehmer	4	4	0	0
413 Pensionsrückstellung (Zuführung)	0	3	3	3
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen				
... Beiträge zur Landesunfallkasse	0	0	0	0
Summe 2.2	35	27	33	33
Summe 2.	214	144	214	214
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen				
590 Abschreibungen	56	60	60	60
Summe 3.	56	60	60	60

³ Verteuerung der Futtermittel

⁴ Ausweitung der erforderlichen Futtergrundlage

Anlage 2

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006/7	Ansatz 2008/9	Ansatz 2009/10	Ansatz 2010/11
	In Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
562 Dienstreisen	0	2	1	1
Summe 4.1	0	2	1	1
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
506 Großpachten	11	16	10	10
530 Energie, Brennstoffe u. dgl.	27	20	33 ⁵	33 ⁵
540 Instandhaltungen	46	20	20	20
Summe 4.2	84	56	63	63
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
550 Versicherungen	13	11	13	13
560 Geschäftsbedarf	1	1	1	1
561 Post- und Fernmeldegebühren	1	2	1	1
563 Allgemeine Betriebskosten	2	2	2	2
580 Verwaltungskostenerstattung	12	6	6	6
Summe 4.3	29	22	23	23
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen				
230 Betriebliche außerordentliche Aufwendungen	4 ⁶	0	0	0
240 Betriebliche periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	0
Summe 4.4	4	0	0	0
Summe 4.	117	80	87	87
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen				
520	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	0	0
6. Außerordentliche Aufwendungen				
010 Abschreibungen auf das Milchlieferrecht	21	0	0	0
Summe 6.	21	0	0	0
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
Summe 7.	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern				
550 Grundsteuer	1	1	1	1
Summe 8.	1	1	1	1
<u>Gesamtaufwendungen</u>	659	534	660	660
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-41	2	1	1

⁵ Höherer Ansatz aufgrund gestiegener Energiekosten und größerer Feldentfernungen

⁶ Aufwendungen für das Fällen von Bäumen zur Verkehrssicherung

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz
	2006/7	2008/9	2008/9	2009/10	2009/10	2010/11
	– in Tsd. EUR –					
1	2	3	4	5	6	7
B. Finanzierungsplan						
I. Finanzbedarf						
1. Investitionen						
001 Bebaute Grundstücke	0	0		0		0
... Gebäude	0	0		0		0
010 Maschinen und Anlagen	81	60		61		61
020 Fahrzeuge	0	0		0		0
039 Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	2		0		0
Summe 1.	81	62		61		61
2. Sonstiger Finanzbedarf						
050 Genossenschaftsanteile	3	0		0		0
072 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0		0		0
182 Ablieferung an den Haushalt	0	0		0		0
989 Jahresfehlbetrag	41	0		0		0
Summe 2.	44	0		0		0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	125	62		61		61
II. Deckungsmittel						
072 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	407	0		0		0
590 Abschreibungen	77	60		60		60
989 Jahresüberschuss	0	2		1		1
<u>Summe Deckungsmittel</u>	484	62		61		61
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	359	0		0		0
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>	0	0		0		0

Erläuterungen

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2009/2010, 2010/2011 der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Allgemeines

Erläuterungen:

Der nach § 26 LHO eingerichtete landwirtschaftliche Betrieb der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand bewirtschaftet die landwirtschaftlichen Flächen der früheren Elbinsel sowie weitere Pachtflächen außerhalb dieses Bereiches. Er wird auf der früheren Elbinsel auf den nicht von den Gebäuden und dem Freigelände der Anstalt unmittelbar belegten Flächen betrieben, liegt aber innerhalb des Sicherheitsbereiches und dient somit auch zur Abschirmung nach außen. Sein weiterer und eigentlicher Zweck liegt in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Insassen der Justizvollzugsanstalt. Der Landwirtschaftsbetrieb verfügt über 12 Arbeits- und 3 Ausbildungsplätze für Gefangene.

Derzeit nutzbare Flächen des landwirtschaftlichen Betriebes	139,3 ha
davon landwirtschaftliche Nutzfläche	137,8 ha

Die landwirtschaftliche Nutzfläche besteht aus

- eigener Fläche auf der Elbinsel	29,0 ha
- Pachtflächen vom Grundstock für Grunderwerb	39,0 ha
- Pachtflächen von Privat	39,8 ha
- zur vorübergehenden Nutzung überlassene Fläche vom Grundstock für Grunderwerb	30,0 ha

Erläuterungen des Erfolgs- und Finanzierungsplanes:

Für die Wirtschaftsjahre 2009/10 und 2010/11 sind folgende Investitionen geplant:

- 2009/10 Installation einer Photovoltaikanlage	61 Tsd. EUR
- 2010/11 Erneuerung des Futtermischwagens	50 Tsd. EUR
Anschaffung von tiergerechten Kälberhütten	11 Tsd. EUR

Ausweisung der noch zur Verfügung stehenden Deckungsmittel mit

Stand per 30.06.2007: 358.713 EUR

Die Deckungsmittel aus Vorjahren sind für folgende Maßnahmen vorgesehen: EUR

• Anbau Boxenlaufstall ⁷	185.000
• Ersatzbeschaffung Schlepper und Stoppelgrubber	69.000
• Modernisierung Düngerlager	20.500
• Modernisierung Pflanzenschutz und Melktechnik	46.500
• Anschaffung eines Transportfahrzeuges für wirtschaftseigene Düngemittel	20.000
• Wärmerückgewinnung und therapeutische Tierhaltung	18.000

⁷ Die Kostensteigerung bei dem Anbau Boxenlaufstall begründet sich wie folgt:

Die ursprünglich veranschlagten 27.600 EUR waren im ersten Schritt als Planungsmittel vorgesehen, da die Zukunft des Betriebes hinsichtlich der Grundstücksproblematik nicht eingeschätzt werden konnte. Mittlerweile hat sich die landwirtschaftliche Nutzfläche erweitert, so dass die Planungen zum Boxenlaufstall wieder aufgenommen wurden. Zwischenzeitlich wurden in größerem Umfang Milchlieferrechte auf den Betrieb übertragen, welche zu einer Verbesserung der Erlöse führen bzw. bereits geführt haben. Diese machen aber eine umfangreichere Planung notwendig, da nun nicht nur mehr Stallplätze geschaffen werden müssen, sondern auch Serviceeinrichtungen im Stall angepasst werden müssen. Aufgrund von Begehungen durch Fachberater wurden wirtschaftliche Varianten betrachtet, die zu höheren Kosten führen. Die generelle Erweiterung des Boxenlaufstalls ist aufgrund von Milchquotenübertragungen erforderlich, die ein höheres Platzangebot für die derzeit rd. 180 Kühe notwendig machen.

Lagebericht

für das Wirtschaftsjahr 2006/2007

1. Zielbild:

Der landwirtschaftliche Betrieb Hahnöfersand ist ein Bestandteil des Arbeitskonzeptes für strafgefangene Frauen in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand, d.h. dass der Betrieb Gefangene im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit beschäftigen soll. Der Betrieb wird als eigenständiger § 26 LHO-Betrieb geführt, um seine wirtschaftliche Ausrichtung zu unterstreichen und zu dokumentieren.

2. Erläuterungen zum Geschäftsjahr:

Die dem Betrieb für Deponiezwecke entzogenen Flächenanteile von rd. 18 ha auf der Elbinsel stehen wieder zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Die in Neuenfelde gekündigten Pachtflächen von 30 ha konnten im Wirtschaftsjahr 2006/07 noch genutzt werden. Inwieweit sie in der Zukunft zur Verfügung stehen ist noch nicht absehbar, da sie als Tauschflächen für andere Maßnahmen der Stadt für die betroffenen Obstbauern vorgesehen sind. Die Milchproduktion erfolgte im Rahmen der Milchquote von rd. 1,5 Mio. Litern. Die Erlöse im Milchverkauf lagen auf niedrigem Niveau. Die Hauptproduktion an Winterfutter in Form von Grassilage fand auf den Pachtflächen statt. Die Erträge bei der Silagebereitung waren mengenmäßig gut, die Qualität war witterungsbedingt durchschnittlich. Die Silomaisernte 2006 war nicht ausreichend, so dass energiereiches Grundfutter in Form von Mais zugekauft werden musste.

Die Rückstellungen der noch verfügbaren Deckungsmittel in der Bilanz haben ihren Ursprung in noch nicht getätigten Investitionen. Ihr Bedarf ist nach wie vor gegeben, die Umsetzung soll in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Betriebes erfolgen, insbesondere was die langfristige Flächenausstattung des Betriebes angeht.

3. Erläuterungen zur künftigen Entwicklung des Betriebes:

Der Betrieb ist mit erheblich geringerer Flächenausstattung stabilisiert worden. Nachdem das Immobilienmanagement der Finanzbehörde nun auch noch die städtischen Pachtflächen in Neuenfelde gekündigt hat, wird zur Zeit gemeinsam mit dem Immobilienmanagement der Finanzbehörde versucht, diese Flächen durch außer hamburgische Flächen zu ersetzen. Einzelne Flächen wurden dem Betrieb schon zur Verfügung gestellt. Die Stärkung der Flächengrundlage des Betriebes bleibt aber weiter ein wichtiges Ziel, um die eigene Futtergrundlage sicherzustellen.

4. Risiken für die nächsten Jahre:

Durch die notwendige Umstrukturierung des Betriebes aufgrund der reduzierten Flächen und die einseitige Ausrichtung auf die Milchproduktion beschränkt sich der Betrieb zwar auf seinen rentabelsten Betriebszweig, kann aber Erlösschwankungen in diesem Bereich nicht durch andere Betriebszweige auffangen. Das aktuelle Milchpreisniveau (Stand November/Dezember 2007) ist gut und kann so die gestiegenen Energie- und Kraftfuttermittelpreise kompensieren. Die Entwicklung zeigt aber, dass sich der Milchpreis zukünftig stärker am Weltmarktgeschehen orientieren wird und so größeren Schwankungen als in der Vergangenheit unterliegen wird. Hinzu kommt speziell für diesen Betrieb, dass durch die größere Feldentfernung der neu gepachteten Flächen und die gestiegenen Energiepreise die Futterproduktion mit höheren Kosten der Arbeiterledigung belastet ist und der Pachtaufwand steigt. Um diesen Risiken zu begegnen, sollen die Betriebsabläufe weiter optimiert werden.

Einzelplan LAN
Kapitel 2304

Landesbetriebe
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	0,00			1,00	
V c	0,00			1,00	
VIII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			3,00	
Arbeitnehmer					
E 12	1,00			0,00	
E 11	0,00			0,00	
E 8	1,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
Summe:	3,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	3,00			3,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 2304

Landesbetriebe
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die in den Deckungskreisen 10, 11, 12 und 14 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 10 / Zahlung aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen - ohne Strafvollzug -

Titel	Zweckbestimmung	2007 Ist	in Tsd. EUR				Differenz	2010 Ansatz	Differenz
			2008 Ansatz	2009 Ansatz	2009 Ansatz	2010 Ansatz			
2060	Staatsanwaltschaften								
526.01	Auslagen in Rechtsachen (einschl. Reisekosten)	1.448	1.500	1.500	600	1.500	1.500	0	
526.02	Kosten für Unterbringungen	603	1.100	950	-150	950	950	0	
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen	0	100	100	0	100	100	0	
	Summe	2.051	2.700	2.550	-150	2.550	2.550	0	
2110	Ordentliche Gerichte								
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richter	614	665	665	0	665	665	0	
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren	3.332	3.600	3.600	0	3.600	3.600	0	
526.01	Auslagen in Rechtsachen (einschl. Reisekosten)	39.431	39.000	39.500	500	39.500	39.500	0	
526.02	Kosten für Unterbringungen	115	100	150	50	150	150	0	
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten	19.810	21.000	22.000	1.000	22.000	22.000	0	
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren	2.508	3.000	3.500	500	3.500	3.500	0	
526.05	Kosten für forensische Ambulanzen	0	175	250	75	300	300	50	
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder	70	100	100	0	100	100	0	
681.01	Entschädigung an Beschuldigte in Strafsachen	992	1.014	1.000	-14	1.000	1.000	0	
	Summe	66.872	68.654	70.765	2.111	70.815	70.815	50	
2190	Fachgerichte								
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richter	212	210	210	0	210	210	0	
526.01	Auslagen in Rechtsachen (einschl. Reisekosten)	4.767	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte	3	5	5	0	5	5	0	
	Summe	4.982	5.215	5.215	0	5.215	5.215	0	
Summe	Deckungskreis 10	73.905	76.569	78.530	1.961	78.580	78.580	50	

Deckungskreis 11 / Sachaufwand für Informationstechnologie

Titel	Zweckbestimmung	2007 Ist	2008 Ansatz	2009 Ansatz	Differenz	2010 Ansatz	Differenz
2000 535.56	Justizverwaltung Sachaufwand für IT-Technik	340	323	570	247	570	0
2050 535.56	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Sachaufwand für IT-Technik	2	4	3	-1	3	0
2060 535.56	Staatsanwaltschaften Sachaufwand für IT-Technik	205	279	216	-63	216	0
2110 535.56	Ordentliche Gerichte Sachaufwand für IT-Technik	1.725	1.807	1.539	-268	1.539	0
2190 535.56	Fachgerichte Sachaufwand für IT-Technik	159	365	236	-129	236	0
2300 535.56	Justizvollzug Sachaufwand für IT-Technik	231	337	249	-88	249	0
Summe	Deckungskreis 11	2.662	3.115	2.813	-302	2.813	0

Deckungskreis 12 / Bauunterhaltung

Titel	Zweckbestimmung	2007 Ist	2008 Ansatz	2009 Ansatz	Differenz	2010 Ansatz	Differenz
2000 519.01	Justizverwaltung Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	55	56	56	0	56	0
2050 519.01	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	1	1	0	1	0
2060 519.01	Staatsanwaltschaften Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	91	63	63	0	63	0
2110 519.01	Ordentliche Gerichte Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	546	369	369	0	369	0
2190 519.01	Fachgerichte Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	73	73	73	0	73	0
2300 519.01	Justizvollzug Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.161	2.169	2.194	25	2.194	0
Summe	Deckungskreis 12	2.926	2.731	2.756	25	2.756	0

Deckungskreis 14 / Hochbauinvestitionen

Titel	Zweckbestimmung	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
		in Tsd. EUR									
2000	Justizverwaltung										
701.01	Kleine Investitionen	46	517	56	769	138	138	807	767	767	767
710.01	Instandsetzung und Modernisierung... (weggefallener Ansatz)	408	178	46	0	0	0	0	0	0	0
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau LuV... (weggefallener Ansatz)	25	184	-3	49	0	0	0	0	0	0
2060	Staatsanwaltschaften										
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	20	33	26	21	0	0	0	0	0	0
2110	Ordentliche Gerichte										
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz	442	870	540	1.277	629	634	0	0	0	0
710.01	Instandsetzung und Modernisierung... (weggefallener Ansatz)	121	650	93	157	0	0	0	0	0	0
2190	Fachgerichte										
701.01	Kleine Investitionen	0	0	0	27	0	0	0	0	0	0
2300	Justizvollzug										
710.01	Modernisierung und Verbesserung...	7.177	3.309	7.885	4.284	5.000	5.500	4.976	20.024	5.705	0
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder	1.294	1.242	220	1.376	0	0	0	0	0	0
791.01	Abriss der Kläranlage bei der JVA Vierlande	0	0	0	0	1.500	0	0	0	0	0
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen...	48	0	2	0	0	0	0	0	0	0
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang...Billwerder	334	587	222	11	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 14	9.915	7.570	9.087	7.971	7.267	6.272	5.783	20.791	6.472	767

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung	2008		2009		2010	
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
		in Tsd. EUR					
2000 534.69	Justizverwaltung Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49		49		49	
2300 526.69	Justizvollzug Kosten für Gutachten	20		20		20	

